20. Wahlperiode 17.02.2023

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 20/5186 –

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2022

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen des BAMF, die keine inhaltliche Bewertung des Schutzgesuchs enthalten, unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2021 bei 63,1 Prozent, gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten (unbereinigten) Schutzquote in Höhe von 39,9 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/2309).

Zu den Anerkennungen durch das BAMF kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung im Asylverfahren hinzu; gegen 87,2 Prozent aller ("einfach") ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2021 geklagt. Fast die Hälfte dieser Klagen (48,3 Prozent) endete 2021 mit einer "sonstigen Verfahrenserledigung", z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF erteilt wird. "Sonstige Verfahrenserledigungen" erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Syrien, Afghanistan und der Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als "sonstige Erledigung" (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961), obwohl den klagenden Asylsuchenden in diesen Fällen Recht gegeben wurde. Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort auf Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass "sonstige Verfahrenserledigungen" der Gerichte keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2021 in Höhe von 36 Prozent. 2020 lag der Wert bei 31,2 Prozent, das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an (Gerichtsstatistik 2020, www.bamf.de), weil sonstige Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gezählt wurden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2021 bei 82 Prozent, d. h. nur jeder fünfte BAMF-Bescheid hielt einer gerichtlichen Überprüfung stand. In absoluten Zahlen bedeutet dies: 23 610 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2021 doch noch einen Schutzstatus, 20 011 durch Entscheidungen der Gerichte, 3 599 infolge von Korrekturen durch das BAMF selbst (die oft auf Anregung der Gerichte zustande kommen); hinzu kamen 2 919 Anerkennungen als Ergebnis erneuter Überprüfungen nach Folgeanträgen. Zu den vom BAMF erteilten Schutzstatus kamen in den letzten vier Jahren jeweils etwa noch einmal ein Drittel durch die Gerichte angeordnete Schutzstatus hinzu (vgl. Antwort zu jeweils Frage 24 auf den Bundestagsdrucksachen 20/1048, 19/28234, 19/19333 und 19/8258).

Die Spannbreite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Außenstellen des BAMF bei Asylsuchenden aus bestimmten Herkunftsländern ist groß: Bei afghanischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2021, je nach Standort, zwischen 32,7 und 93,3 Prozent, bei irakischen zwischen 3,6 und 79,8 Prozent, bei iranischen zwischen 8 und 74 Prozent und bei Asylsuchenden aus der Türkei zwischen 6,8 und 69 Prozent. Das Forschungszentrum des BAMF benannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis innerhalb des BAMF: ein besonderes "Mikroklima" in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als "hypothetisch" bewertet (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 19/18498) hieß es dann, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen "den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen". So wurden z. B. in Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen (ebd., Antwort zu Frage 4b).

Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die zuvor im Wege des Familiennachzugs eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2021 bei 82,9 Prozent (2020: 82 Prozent, 2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: "Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF", in: ASYLMAGAZIN 10-11/2020, S. 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, die aktuelle Entscheidungspraxis des BAMF ist hingegen weitaus restriktiver.

Bei der Hälfte aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: Im Jahr 2021 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 49,4 Prozent (2020: 53,9 Prozent), 2,2 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 25 879 Asylanträge (17,5 Prozent aller Anträge; 2020: 25,9 Prozent) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)) gestellt. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat benennt vor diesem Hintergrund seit Januar 2020 die Zahl der "grenzüberschreitenden Asylerstanträge", bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/0 1/asylzahlen-jahr-2019.html).

- 1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzguote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im Gesamtjahr 2022 bzw. im vierten Quartal 2022 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote - bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
 - b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die "bereinigte Gesamtschutzquote", d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nichtformelle Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Die Fragen 1a und 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

Gesamtjahr 2022			Flüchtlings- schutz § 3 Ab- satz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Ab- satz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	1.937	0,8 %	38.974	17,0 %	57.532	25,2 %	30.020	13,1 %	128.463	56,2 %	72,3 %
darunter:							-				
Syrien	155	0,2 %	15.172	20,2 %	52.151	69,5 %	243	0,3 %	67.721	90,3 %	99,9 %
Afghanistan	776	1,8 %	7.763	17,5 %	1.903	4,3 %	26.499	59,9 %	36.941	83,5 %	99,3 %
Türkei	296	2,7 %	2.670	24,1 %	84	0,8 %	28	0,3 %	3.078	27,8 %	35,2 %
Irak	15	0,1 %	2.901	13,1 %	797	3,6 %	1.273	5,7 %	4.986	22,5 %	29,4 %
Georgien	-	-	7	0,1 %	2	0,0 %	16	0,2 %	25	0,4 %	0,5 %
Iran	74	1,5 %	1.178	24,1 %	133	2,7 %	53	1,1 %	1.438	29,4 %	44,9 %
Ungeklärt	73	1,4 %	2.347	46,6 %	563	11,2 %	79	1,6 %	3.062	60,8 %	79,2 %

Gesamtjahr 2022	Asylbere Art 16		Flücht schutz satz 1	§ 3 Ab-	Subsi Schutz satz 1	§ 4 Ab-	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesam	tschutz	Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Somalia	68	1,4 %	2.120	43,7 %	389	8,0 %	513	10,6 %	3.090	63,7 %	80,8 %
Eritrea	60	1,7 %	2.541	70,1 %	341	9,4 %	105	2,9 %	3.047	84,0 %	91,7 %
Russische Föderation	72	2,8 %	138	5,3 %	67	2,6 %	21	0,8 %	298	11,5 %	24,0 %
Nord- mazedonien	-	-	2	0,0 %	1	0,0 %	12	0,2 %	15	0,3 %	0,7 %
Moldau, Republik	-	-	2	0,0 %	1	0,0 %	5	0,1 %	8	0,2 %	0,4 %
Nigeria	12	0,3 %	182	4,9 %	25	0,7 %	199	5,4 %	418	11,3 %	18,3 %
Venezuela	17	1,5 %	42	3,8 %	31	2,8 %	234	21,1 %	324	29,2 %	30,3 %
Libanon	1	0,1 %	36	2,7 %	50	3,7 %	32	2,4 %	119	8,8 %	14,7 %
Albanien			6	0,2 %	2	0,1 %	7	0,3 %	15	0,6 %	1,0 %
Bosnien und	1	0,1 %	1	0,2 %		0,1 %	/	0,3 %	2	0,6 %	0,3 %
Herzegowina	1	0,1 /0	1	0,1 /0					2	0,1 /0	0,5 70
Ghana	-	-	4	1,0 %	2	0,5 %	7	1,7 %	13	3,2 %	4,9 %
Kosovo	-	-	-	-	1	0,2 %	8	1,8 %	9	2,0 %	4,8 %
Montenegro	-	-	-	-	2	0,6 %	-	-	2	0,6 %	1,1 %
Senegal	-	-	5	3,1 %	2	1,3 %	4	2,5 %	11	6,9 %	16,4 %
Serbien	-	-	1	0,0 %	-	-	7	0,3 %	8	0,3 %	0,7 %
Algerien	2	0,1 %	13	0,7 %	8	0,4 %	2	0,1 %	25	1,4 %	4,2 %
Marokko		0,1 /0	26	2,2 %	22	1,8 %	7	0,6 %	55	4,6 %	11,4 %
Tunesien	3	0,3 %	14	1,5 %	4	0,4 %	2	0,0 %	23	2,4 %	6,6 %
Armenien	1	0,3 %	4	0,5 %	6	0,4 %	15	1,7 %	26	3,0 %	4,9 %
Ukraine	1	0,1 %	7	1,5 %	4	0,7 %	13	1,7 %	11	2,4 %	9,3 %
Belarus	1	0,3 %	9	2,7 %	- 4	0,7 70	2	0.6 %	12	3,5 %	12,1 %
Delatus	1	0,5 /0	,	2,7 /0				0,0 /0	12	3,3 /0	12,1 /0

Gesamtjahr 2022			Quote zu Frage 1b	
Gesamijani 2022	absolut	Anteil	Anteil	
Asylberechtigung	1 937	0,8 Prozent	1,1 Prozent	
darunter Familienschutz	590	0,3 Prozent	0,3 Prozent	
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	38 974	17,0 Prozent	21,9 Prozent	
darunter Familienschutz	26 122	11,4 Prozent	14,7 Prozent	
Subsidiärer Schutz nach				
§ 4 I Nummer 1 AsylG	68	0,0 Prozent	0,0 Prozent	
§ 4 I Nummer 2 AsylG	49 284	21,6 Prozent	27,7 Prozent	
§ 4 I Nummer 3 AsylG	725	0,3 Prozent	0,4 Prozent	
§ 4 I AsylG Familienschutz	7 455	3,3 Prozent	4,2 Prozent	
Summe subsidiärer Schutz	57 532	25,2 Prozent	32,4 Prozent	
Abschiebungsverbot nach				
§ 60 V AufenthG	29 754	13,0 Prozent	16,7 Prozent	
§ 60 VII AufenthG	266	0,1 Prozent	0,1 Prozent	
Summe Abschiebungsverbot	30 020	13,1 Prozent	16,8 Prozent	
Gesamtschutz	128 463	56,2 Prozent	72,3 Prozent	

4. Quartal 2022	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 Ab- satz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Ab- satz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	331	0,6 %	9.367	16,3 %	14.642	25,5 %	8.377	14,6 %	32.717	56,9 %	73,9 %
darunter:											
Syrien	24	0,1 %	3.063	16,7 %	13.215	72,1 %	32	0,2 %	16.334	89,1 %	100,0 %
Afghanistan	97	0,7 %	2.600	19,7 %	652	4,9 %	7.694	58,2 %	11.043	83,6 %	99,4 %
Türkei	73	2,1 %	688	19,7 %	30	0,9 %	7	0,2 %	798	22,8 %	30,8 %
Irak	5	0,1 %	634	15,3 %	157	3,8 %	182	4,4 %	978	23,7 %	33,4 %
Iran	6	0,4 %	320	23,7 %	41	3,0 %	6	0,4 %	373	27,6 %	43,8 %
Georgien	-	_	-	-	-	_	3	0,2 %	3	0,2 %	0,2 %
Ungeklärt	10	1,0 %	455	45,4 %	123	12,3 %	18	1,8 %	606	60,4 %	81,5 %
Russische Föderation	15	2,3 %	28	4,3 %	16	2,4 %	3	0,5 %	62	9,5 %	27,6 %
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	2	0,1 %	2	0,1 %	0,3 %
Eritrea	11	1,5 %	543	72,0 %	65	8,6 %	20	2,7 %	639	84,7 %	92,5 %
Somalia	15	1,3 %	520	46,8 %	91	8,2 %	161	14,5 %	787	70,8 %	82,3 %
Moldau, Republik	-	-	1	0,1 %	-	-	-	-	1	0,1 %	0,2 %
Libanon	-	-	13	3,3 %	20	5,1 %	8	2,0 %	41	10,5 %	15,1 %
Albanien	-	-	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	2	0,3 %	0,6 %
Nigeria	-	-	41	6,0 %	3	0,4 %	42	6,1 %	86	12,5 %	18,5 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ghana	-	-	1	1,1 %	1	1,1 %	-	-	2	2,3 %	3,6 %
Kosovo	-	-	-	-	-	-	2	1,7 %	2	1,7 %	4,1 %
Montenegro	-	-	-	-	1	1,4 %	-	-	1	1,4 %	3,8 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	3,8 %	1	3,8 %	10,0 %
Serbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Algerien	1	0,3 %	1	0,3 %	1	0,3 %	-	-	3	0,9 %	2,5 %
Marokko	-	-	4	1,8 %	5	2,2 %	2	0,9 %	11	4,9 %	12,0 %
Tunesien	1	0,4 %	7	2,7 %	1	0,4 %	-	-	9	3,4 %	9,2 %
Armenien	-	-	-	-	2	0,9 %	4	1,8 %	6	2,7 %	4,7 %
Ukraine	-	-	2	1,9 %	-	-	-	-	2	1,9 %	100,0 %
Belarus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

4. Quartal 2022			Quote zu Frage 1 b
4. Quartai 2022	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	331	0,6 Prozent	0,7 Prozent
darunter Familienschutz	107	0,2 Prozent	0,2 Prozent
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	9 367	16,3 Prozent	21,1 Prozent
darunter Familienschutz	5 760	10,0 Prozent	13,0 Prozent
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	7	0,0 Prozent	0,0 Prozent
§ 4 I Nummer 2 AsylG	12 792	22,3 Prozent	28,9 Prozent
§ 4 I Nummer 3 AsylG	137	0,2 Prozent	0,3 Prozent

4. Quartal 2022			Quote zu Frage 1 b
4. Quartai 2022	absolut	Anteil	Anteil
§ 4 I AsylG Familienschutz	1 706	3,0 Prozent	3,9 Prozent
Summe subsidiärer Schutz	14 642	25,5 Prozent	33,1 Prozent
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	8 321	14,5 Prozent	18,8 Prozent
§ 60 VII AufenthG	56	0,1 Prozent	0,1 Prozent
Summe Abschiebungsverbot	8 377	14,6 Prozent	18,9 Prozent
Gesamtschutz	32 717	56,9 Prozent	73,9 Prozent

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Gesamtjahr 2022 Entscheidungskatego	rie
Abschiebung vor Entscheidung	6
Antrag nicht weiter bearbeitet	7
Einstellung wg. § 33 IuII, § 32a II AsylG	5 146
nicht erforderlich, Dublin	198
sonstige Einstellung	3 608
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	22 138
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	4 637
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	10
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	6
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	1 686
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	13 438

4. Quartal 2022 Entscheidungskategor	ie
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 IuII, § 32a II AsylG	1 283
nicht erforderlich, Dublin	32
sonstige Einstellung	854
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	7 050
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	452
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	3
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	1
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	375
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	3 125

c) Wie begründet die Bundesregierung ihre in ihrer Antwort zu Frage 1c auf Bundestagsdrucksache 20/4019 geäußerte Auffassung, die bereinigte Schutzquote würde "in der Öffentlichkeit einen unzutreffenden Eindruck über den Grad der Schutzbedürftigkeit der in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen entstehen lassen", obwohl es nach Auffassung der Fragestellenden genau umgekehrt ist, weil formelle Entscheidungen des BAMF nichts über die Schutzbedürftigkeit der in Deutschland um Asyl Nachsuchenden aussagen, denn in diesen Fällen wurde keine Prüfung der Berechtigung des Asylgesuchs in der Sache vorgenommen – was unter anderem bereits die ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, in ihrem neunten Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer als Begründung dafür nannte, dass sie die höhere bereinigte Gesamtschutzquote verwendete (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10221, S. 235, Anmerkung 1093, bitte ausführen)?

Es wird auf den zweiten Absatz der Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen. Danach ist das maßgebliche Kriterium für die Beurteilung der Bleibeperspektive im Sinne der obigen Fragestellung die von der Bundesregierung verwendete umfassende Gesamtschutzquote. Daher müssen im Rahmen einer solchen Betrachtung alle Asylentscheidungen, die nicht zu einem Schutz führen, berücksichtigt werden.

d) Wie begründet die Bundesregierung ihre in ihrer Antwort zu Frage 1d auf Bundestagsdrucksache 20/4019 geäußerte ablehnende Haltung zur Einführung einer Verlaufsstatistik zu Schutzquoten unter Berücksichtigung korrigierender BAMF- oder Gerichtsentscheidungen, obwohl weder die von ihr in Bezug genommenen aktuellen Schutzstatus nach dem Ausländerzentralregister noch die auf parlamentarische Anfragen veröffentlichten Daten zu Gerichtsentscheidungen eine Berechnung von endgültigen Schutzquoten bezogen auf die Ausgangsgruppe Asylsuchender eines bestimmten Jahres ermöglichen – wobei das von der Bundesregierung zutreffend benannte Problem (ebd.), wonach korrigierende Gerichtsentscheidungen z. T. erst Jahre später erfolgen, nach Auffassung der Fragestellenden dadurch gelöst werden könnte, dass entsprechende Angaben einer Verlaufsstatistik sich nur auf die bestands- oder rechtskräftig gewordenen Entscheidungen zu Asylsuchenden eines bestimmten Jahres beziehen könnten, zumal das BAMF solche Berechnungen bis zur Rechts- oder Bestandskraft einer Entscheidung beispielsweise in Bezug auf die Dauer der Asylverfahren bereits vornimmt (vgl. z. B. Antwort zu Frage 10 auf Bundestagsdrucksache 20/940, bitte ausführen)?

Die Berechnung von Schutzquoten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bezieht sich auf den Zeitraum, in dem die Entscheidung getroffen wurde, unabhängig vom Zeitpunkt der Asylantragstellung. Eine Berechnung von Schutzquoten "bezogen auf die Ausgangsgruppe Asylsuchender eines bestimmten Jahres" wäre insofern nicht aussagekräftig und auch nicht zielführend, da sich die getroffenen Entscheidungen zu dieser Ausgangsgruppe über mehrere Jahre verteilen. Folge wäre, dass eine so zu berechnende vorläufige, nicht valide Schutzquote fortlaufend revidiert/korrigiert werden müsste und eine endgültige belastbare "amtliche" Schutzquote ggf. erst nach Jahren vorliegen würde.

Eine Berechnung von endgültigen Schutzquoten "bezogen auf die Ausgangsgruppe Asylsuchender eines bestimmten Jahres" müsste zudem ggf. auch eventuelle spätere Verfahren dieser Ausgangsgruppe – einschließlich Widerrufs/Rücknahmeverfahren – berücksichtigen. Auch wäre die Aussagekraft von so ermittelten "Schutzquoten" bereits deshalb gering, da jede Entscheidung im Verlauf eines Asylverfahrens die zum Zeitpunkt der jeweiligen Entscheidung

vorliegenden Tatsachen berücksichtigen muss und nicht die, die einstmals zum Zeitpunkt der Antragstellung vorlagen.

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) in Anwendung der GFK im Gesamtjahr 2022 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG							
	Familien-		staat	liche Verfolgung	nichtstaatliche Verfolgung			
Gesamtjahr 2022	flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG			davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung		
Herkunftsländer	38 974	26 122	7 289	1 585	4 480	2 422		
gesamt								
darunter:								
Syrien	15 172	13 883	1 045	180	102	42		
Afghanistan	7 763	2 322	2 986	778	2 224	797		
Türkei	2 670	1 031	1 556	185	22	11		
Irak	2 901	2 376	87	28	406	209		
Georgien	7	2	0	0	5	5		
Iran	1 178	522	580	137	36	28		
Ungeklärt	2 347	1 189	517	71	262	44		
Somalia	2 120	1 064	37	33	932	879		
Eritrea	2 541	2 494	18	6	17	17		
Russische Föd.	138	100	37	13	1	1		
Nordmazedonien	2	2	0	0	0	0		

b) Wie viele der Anerkennungen im Gesamtjahr 2022 bzw. im vierten Quartal 2022 waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	§ 26 AsylG Anerkennung			I AsylG ienschutz	§ 4 I AsylG Familienschutz		
Gesamtjahr 2022		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder	
Herkunftsländer gesamt	590	170	26.122	13.693	7.455	4.214	
darunter:							
Syrien	94	43	13 883	7 654	5 498	3 139	

	§ 26 AsylG Anerkennung			I AsylG ienschutz	§ 4 I AsylG Familienschutz		
Gesamtjahr 2022		davon in		davon in		davon in	
		DE geborene		DE geborene		DE geborene	
		Kinder		Kinder		Kinder	
Afghanistan	118	15	2 322	755	368	168	
Türkei	146	34	1 031	289	55	10	
Irak	11	6	2 376	1 722	452	256	
Georgien	0	0	2	2	2	0	
Iran	31	10	522	230	30	10	
Ungeklärt	14	3	1 189	583	248	138	
Somalia	12	1	1 064	518	184	110	
Eritrea	51	24	2 494	1 269	275	212	
Russische Föderation	21	9	100	32	35	8	
Nordmazedonien	0	0	2	1	0	0	
Moldau, Republik	0	0	2	2	1	0	
Nigeria	3	2	133	102	18	17	
Venezuela	2	1	22	1	2	0	
Libanon	0	0	25	11	36	11	

		6 AsylG rkennung		I AsylG ienschutz	§ 4 I AsylG Familienschutz		
4. Quartal 2022		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder	
Herkunftsländer gesamt	107	44	5 760	3 057	1 706	1 021	
darunter:							
Syrien	13	11	2 820	1 662	1 268	793	
Afghanistan	14	5	787	234	94	44	
Türkei	39	12	224	73	18	2	
Irak	3	1	510	372	97	50	
Iran	1	1	118	60	11	5	
Georgien	0	0	0	0	0	0	
Ungeklärt	2	0	231	125	47	28	
Russische Föderation	8	3	18	7	11	2	
Nordmazedonien	0	0	0	0	0	0	
Eritrea	11	6	537	282	51	44	
Somalia	4	0	258	103	36	20	
Moldau, Republik	0	0	1	1	0	0	
Libanon	0	0	7	2	11	3	
Albanien	0	0	0	0	0	0	
Nigeria	0	0	29	23	1	1	

c) Wie viele der Asylsuchenden im Gesamtjahr 2022 verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie in der Antwort zu Frage 2c auf Bundestagsdrucksache 20/432 differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 20.392 Personen erfasst, die im Jahr 2022 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 6.270 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel	Jahr 2022
oder eine Duldung vorlagen	gesamt
Gesamt	20 392
davon:	
Aufenthaltserlaubnis (AE) völkerrechtliche, humanitäre,	1 299
politische Gründe	
Duldungen	10 620
AE – familiäre Gründe	7 870
Aufenthaltserlaubnis - Besondere Aufenthaltsrechte	210
Aufenthaltserlaubnis - Ausbildung	344
Aufenthaltserlaubnis - Erwerbstätigkeit	44
EU-Aufenthaltsrechte	5

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel	Jahr 2022
oder eine Duldung vorlagen	gesamt
alle Staatsangehörigkeiten	20 392
darunter:	
Syrien	7 280
Afghanistan	5 048
Irak	878
Ungeklärt	757
Iran	711
Eritrea	708
Türkei	640
Somalia	638
Nordmazedonien	392
Russische Föderation	346

Asylantragstellung während eines gültigen Aufenthaltstitels	Jahr 2022
zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	gesamt
Gesamt	6 270
davon:	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3	26
AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4	1 183
AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	
nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG	7
(Altfall – Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	

Asylantragstellung während eines gültigen Aufenthaltstitels	Jahr 2022
zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	gesamt
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG	11
(Altfall – Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG	3 466
(Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem	
Flüchtling)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG	343
(Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG	1 053
(Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG	181
(Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtig-	
ten)	

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30. Dezember 2022	Anzahl Personen
Alle Aufenthaltstitel	87 273
davon:	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3 AufenthG	1 291
(Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4 AufenthG	36 039
(Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu	36 163
Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG (Ehegatten-	4 766
nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG (Kindes-	8 477
nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu	537
minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30. Dezember 2022	Anzahl Personen
Alle Staatsangehörigkeiten	87 273
darunter:	
Syrien	52 609
Irak	9 061
Türkei	4 201
Afghanistan	3 844
Ungeklärt	2 825
Iran	2 693
Pakistan	2 655
Staatenlos	1 944
Somalia	1 568
Eritrea	1 086

d) Wie viele der im Gesamtjahr 2022 vom BAMF zugesprochen Schutzstatus basierten auf Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Der Anteil des internationalen Flüchtlingsschutzes bzw. subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst werden und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Asylablehnungen statistisch nicht erfasst, wie viele ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten (vgl. hierzu auch die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/28109).

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne relative Zahlen) für das Jahr 2022 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Asylbere Artikel		Flüchtlin § 3 I A	_	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
Jahr 2022	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familienschutz	mit Familien- schutz
Alle HKL	1 347	1 937	12 852	38 974	50 077	57 532
Syrien	61	155	1 289	15 172	46 653	52 151
Afghanistan	658	776	5 441	7 763	1 535	1 903
Türkei	150	296	1 639	2 670	29	84
Irak	4	15	525	2 901	345	797
Georgien	-	-	5	7	-	2
Iran	43	74	656	1 178	103	133
Ungeklärt	59	73	1 158	2 347	315	563
Somalia	56	68	1 056	2 120	205	389
Eritrea	9	60	47	2 541	66	341
Russische Föd.	51	72	38	138	32	67
Nord- mazedonien	-	-		2	1	1
Moldau, Republik	-	-	-	2	-	1
Nigeria	9	12	49	182	7	25
Venezuela	15	17	20	42	29	31
Libanon	1	1	11	36	14	50

3. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung machen zu den Rechtsgrundlagen der im Gesamtjahr 2022 durch das BAMF bzw. durch die Gerichte (soweit vorliegend) gewährten subsidiären Schutzstatus (nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 2 bzw. Nummer 3 AsylG, bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Asylentscheidungen BAMF

Jahr 2022	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiäre gemäß § 4 I Asy	Nummer 2	gemäß § 4	er Schutz I Nummer 3 ylG
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Gesamt	57 532	68	0,1 %	49 248	85,7 %	725	1,3 %
darunter:							
Syrien	52 151	51	0,1 %	46 363	88,9 %	239	0,5 %
Afghanistan	1 903	13	0,7 %	1 518	79,8 %	4	0,2 %
Irak	797	2	0,3 %	301	37,8 %	42	5,3 %
Somalia	389	-	0,0 %	202	51,9 %	3	0,8 %
Ungeklärt	563	-	0,0 %	301	53,5 %	14	2,5 %
Jemen	520	-	0,0 %	71	13,7 %	410	78,8 %
Eritrea	341	-	0,0 %	66	19,5 %	-	0,0 %
Venezuela	31	-	0,0 %	29	93,6 %	-	0,0 %
Nigeria	25	-	0,0 %		28,00	-	0,0 %
Iran,	133	2	1,5 %	99	74,4 %	2	1,50 %
Äthiopien	39	-	0,0 %	7	17,9 %	5	12,8 %
Guinea	74	-	0,0 %		71,6 %	-	0,0 %
Türkei	84	-	0,0 %	29	34,5 %	-	0,0 %
Russische Föderation	67	-	0,0 %	32	47,8 %	-	0,0 %
Libanon	50	-	0,0 %	14	28,0 %	-	0,0 %

Asylentscheidungen durch Gerichte

01.01 bis 30.11.2022	subsidiärer Schutz	gemäß § 4 I	subsidiärer Schutz emäß § 4 I Nummer 1 AsylG subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG		
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Gesamt	1.364	51	3,7 %	660	48,4 %	520	38,1 %
darunter:							
Ukraine	287	-	0,0 %	-	0,0 %	285	99,3 %
Irak	157	13	8,3 %	122	77,7 %	3	1,9 %
Eritrea	125	10	8,0 %	104	83,2 %	2	1,6 %
Afghanistan	118	2	1,7 %	95	80,5 %	5	4,2 %
Jemen	114	-	0,0 %	14	12,3 %	99	86,8 %
Russische Föderation	78	-	0,0 %	70	89,7 %		0,0 %
Somalia	71	1	1,4 %	12	16,9 %	56	78,9 %
Iran	65	5	7,7 %	56	86,2 %	1	1,5 %
Ungeklärt	48	1	2,1 %	13	27,1 %	30	62,5 %
Syrien	31	5	16,1 %	16	51,6 %	6	19,4 %
Türkei	28	1	3,6 %	16	57,1 %		0,0 %
Libanon	25	-	0,0 %	19	76,0 %	1	4,0 %
Ägypten	20	-	0,0 %	17	85,0 %		0,0 %

4. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im ersten bzw. zweiten Halbjahr 2022 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 20/432)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet, bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Im Rahmen der Betrachtung des ersten Halbjahres 2022 wurden innerhalb der Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen (bGSQ) die Organisationseinheiten (OrgE) berücksichtigt, in denen mindestens 50 materiell-rechtliche Entscheidungen zu dem jeweiligen TOP 10-HKL in dem genannten Zeitraum getroffen wurden. Darüber hinaus wurden die OrgE in die Plausibilisierung einbezogen, bei denen die größten Abweichungen unterhalb sowie oberhalb der bGSQ vorlagen.

Für das erste Halbjahr 2022 wurden insgesamt 55 Abweichungen der lokalen bGSQ hinsichtlich sechs der zehn Hauptherkunftsländer (TOP 10-HKL) betrachtet, darunter 31 Abweichungen unterhalb und 24 Abweichungen oberhalb der bGSQ.

Die Auswertung der Entscheidungsstatistik des im ersten Halbjahr 2022 anhand überschreitender Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr (Stand: Juli 2022) kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

(2 027 mrE; bGSQ 81,8 %)	(1 680 mrE; bGSQ 83,5 %)	(1 460 mrE; bGSQ 47,8 %)
81,8 %)	/	
, ,	83,5 %)	47,8 %)
56 (94,6 %)		
		64 (59,4 %)
	56 (94,6 %)	

^{*} Hinsichtlich der Herkunftsländer Syrien, Georgien, Eritrea und Nordmazedonien sowie der sicheren Herkunftsstaaten wurden keine relevanten Abweichungen festgestellt.

Die Auswertung der Entscheidungsstatistik im ersten Halbjahr 2022 anhand unterschreitender Abweichungen von zehn Prozentpunkten oder mehr (Stand: Juli 2022) kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Afghanistan	Irak	Türkei	Ungeklärt	Somalia	Iran
Top10 HKL *	(12 508	(8 832	(4 211	(2 027	(1 680	(1 460
Organisations-	mrE; bGSQ	mrE; bGSQ	mrE; bGSQ	mrE; bGSQ	mrE; bGSQ	mrE; bGSQ
einheit	98,9 %)	28,6 %)	38,3 %)	81,8 %)	83,5 %)	47,8 %)
Gruppe 42 (Region						
Düsseldorf West)						
AS Bonn im AZ						83 (24,1 %)
Gruppe 51 (Region						
Berlin Ost)						
AS Berlin im AZ		186 (1,1 %)				
AS Eisenhütten-					54 (42,6 %)	
stadt, LAS						
AZ Dresden in An-			109 (5,5 %)			
kER						
Gruppe 52 (Region						
Karlsruhe Südwest)						
AS Sigmaringen	108 (88,0 %)					
Gruppe 53 (Region						
Zirndorf Süd)						
AS Gießen in AZ,				64 (53,1 %)		
LAS						

^{*} Hinsichtlich der Herkunftsländer Syrien, Georgien, Eritrea und Nordmazedonien sowie der sicheren Herkunftsstaaten wurden keine relevanten Abweichungen festgestellt.

Alle relevanten Abweichungen im Betrachtungszeitraum konnten vom BAMF nachvollziehbar plausibilisiert werden. Die im Rahmen der Plausibilisierungsanfragen ergangenen Stellungnahmen der OrgE wurden einer systematischen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der aktuellen bzw. zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Leitsätze zu den jeweiligen Herkunftsländern betrachtet.

Hauptursache für eine Abweichung der lokalen Schutzquoten von der Gesamtschutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF) sind Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt, da bei diesen Verfahren eine formelle Entscheidung anhand der Familienzugehörigkeit und unabhängig vom individuellen Verfolgungsschicksal erfolgt. Ebenfalls sind persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) bestimmend, wenn diese sich regional stark unterscheiden. Dies kann beispielsweise bei einer erhöhten Anzahl von unbegleiteten Minderjährigen der Fall sein.

Die Überprüfung der Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das zweite Halbjahr 2022 ist noch nicht abgeschlossen.

5. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria, Russische Föderation und die Türkei im Gesamtjahr 2022, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren; bitte wie in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/28109 auflisten)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

	Afghanistan			
01.01.1: 21.12.2022		Anteil Gesamt-		
		schutz unter		
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-		
		sung formeller		
		Entscheidungen des BAMF		
Organisationseinheiten	44.250	99,3 %		
darunter:				
AS Bramsche im AZ	886	100,0 %		
AS Mönchengladbach im AZ	317	100,0 %		
AS Jena/Hermsdorf, LAS	179	100,0 %		
AS Deggendorf in AnkER	164	100,0 %		
AS Schwerin im AZ	156	100,0 %		
AS Berlin im AZ	108	100,0 %		
AS Ellwangen	103	100,0 %		
AS Regensburg in AnkER	67	100,0 %		
Entscheidungszentrum West Bonn	890	99,8 %		
AS Heidelberg im AZ	854	99,8 %		
AS Augsburg in AnkER	403	99,7 %		
AS Halberstadt im AZ, LAS	379	99,7 %		
AS Hamburg im AZ, LAS	2.215	99,7 %		
AS Neustadt	361	99,7 %		
AS München	2.156	99,7 %		
AS Suhl im AZ	648	99,7 %		
AS Bielefeld im AZ	346	99,7 %		
AS Speyer	323	99,7 %		
AS Braunschweig	285	99,6 %		
AS Unna im AZ	282	99,6 %		
AS Schweinfurt in AnkER	677	99,5 %		
AS Manching in AnkER	832	99,5 %		
AS Trier, LAS	1.701	99,5 %		
AS Bonn im AZ	1.016	99,5 %		
AS Gießen im AZ, LAS	3.638	99,5 %		
AS Büdingen	901	99,4 %		
AS Karlsruhe, LAS	536	99,4 %		
AS Lebach in AnkER, LAS	155	99,3 %		
AS Bremen im AZ, LAS	460	99,3 %		
AS Nostorf-Horst, LAS	149	99,3 %		
AS Düsseldorf	1.426	99,2 %		

Afghan		anistan
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Anteil Gesamt- schutz unter Außerachtlas- sung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Neumünster, LAS	2.570	99,1 %
AS Essen	472	99,1 %
AS Bochum, LAS	1.361	98,9 %
AS Berlin, LAS	2.177	98,9 %
AS Leipzig im AZ	253	98,2 %
AS Zirndorf in AnkER	112	98,1 %
AS Frankfurt/Flughafen	146	97,9 %
AS Freiburg	63	97,9 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	815	97,3 %
AS Friedland, LAS	347	97,2 %
AS Oldenburg	196	96,8 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	938	96,1 %
AS Sigmaringen	285	95,2 %
AS Dresden in AnkER	260	94,1 %

	Irak	
	Anteil Gesamt-	
		schutz unter
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-
	o comini	sung formeller
		Entscheidungen
	22.102	des BAMF
Organisationseinheiten	22.185	29,4 %
darunter:		
AS Neustadt	71	71,0 %
AS Büdingen	112	63,6 %
AS Freiburg	136	53,0 %
AS Bielefeld im AZ	514	53,0 %
AS Speyer	69	52,9 %
AS Braunschweig	481	50,7 %
AS Oldenburg	348	48,8 %
AS Bochum, LAS	1.215	47,5 %
AS Essen	480	46,0 %
AS München	252	45,9 %
AS Friedland, LAS	214	44,3 %
AS Ellwangen	151	43,8 %
AS Hamburg im AZ, LAS	209	42,6 %
AS Sigmaringen	245	38,2 %
AS Unna im AZ	306	37,9 %
AS Karlsruhe, LAS	346	35,0 %
AS Lebach in AnkER, LAS	139	34,6 %
AS Düsseldorf	1.161	33,4 %

Irak		rak
01.01.1: 21.10.2022		Anteil Gesamt-
	schutz unter	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-
		sung formeller Entscheidungen
		des BAMF
AS Halberstadt im AZ, LAS	224	31,7 %
AS Zirndorf in AnkER	340	31,3 %
Entscheidungszentrum West Bonn	1.085	29,8 %
AS Bonn im AZ	946	29,6 %
AS Bramsche im AZ	855	29,3 %
AS Mönchengladbach im AZ	328	27,1 %
AS Gießen im AZ, LAS	790	26,6 %
AS Bremen im AZ, LAS	74	26,5 %
AS Schwerin im AZ	161	26,0 %
AS Regensburg in AnkER	594	24,0 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	194	23,2 %
AS Berlin, LAS	434	22,6 %
AS Schweinfurt in AnkER	222	21,1 %
AS Suhl im AZ	403	21,1 %
AS Trier, LAS	304	19,0 %
AS Heidelberg im AZ	752	18,7 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	583	18,3 %
AS Manching in AnkER	165	18,3 %
AS Augsburg in AnkER	493	17,4 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	328	15,5 %
AS Leipzig im AZ	145	14,5 %
AS Neumünster, LAS	1.208	13,4 %
AS Nostorf-Horst, LAS	116	12,4 %
AS Dresden in AnkER	317	9,5 %
AS Bamberg in AnkER	406	7,8 %
AS Deggendorf in AnkER	109	6,7 %
AS Frankfurt/Flughafen	209	5,9 %
AS Berlin im AZ	351	2,3 %

	I	ran
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Anteil Gesamt- schutz unter Außerachtlas- sung formeller
		Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	4.885	44,9 %
	7.003	77,770
darunter:		
AS Halberstadt im AZ, LAS	52	79,2 %
AS Braunschweig	70	77,8 %
AS Suhl im AZ	64	68,3 %
AS Karlsruhe, LAS	58	63,4 %

AS Bochum, LAS	149	60,5 %
AS Büdingen	60	59,6 %
AS Heidelberg im AZ	151	57,3 %
AS Gießen im AZ, LAS	356	52,4 %
AS Essen	99	51,1 %
AS Berlin, LAS	74	49,1 %
AS Trier, LAS	184	48,7 %
Entscheidungszentrum West Bonn	87	47,5 %
AS Düsseldorf	231	46,4 %
AS Unna im AZ	65	44,8 %
AS Bremen im AZ, LAS	80	42,6 %
AS Nostorf-Horst, LAS	63	40,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	200	40,3 %
AS Bielefeld im AZ	116	40,0 %
AS Berlin im AZ	63	38,6 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	91	37,8 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	99	37,6 %
AS Bamberg in AnkER	142	33,6 %
AS Mönchengladbach im AZ	97	33,3 %
AS Bramsche im AZ	125	32,7 %
AS Zirndorf in AnkER	238	31,3 %
AS Neumünster, LAS	238	26,1 %
AS Bonn im AZ	224	24,5 %

	Eritrea	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Anteil Gesamt- schutz unter Außerachtlas- sung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.626	91,7 %
darunter:	1	
AS Augsburg in AnkER	82	98,8 %
AS Lebach in AnkER, LAS	76	97,3 %
AS Neustadt	73	97,3 %
Entscheidungszentrum West Bonn	109	96,3 %
AS Büdingen	178	96,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	55	96,0 %
AS Bochum, LAS	267	95,4 %
AS Friedland, LAS	61	95,1 %
AS Unna im AZ	75	94,7 %
AS Düsseldorf	173	94,1 %
AS Trier, LAS	109	93,3 %
AS München	154	91,9 %
AS Berlin, LAS	90	91,8 %
AS Bielefeld im AZ	70	91,4 %
AS Karlsruhe, LAS	54	91,3 %

En		ritrea
		Anteil Gesamt-
01.01.1: 01.10.000		schutz unter
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-
	Gesami	sung formeller
		Entscheidungen
		des BAMF
AS Bonn im AZ	196	91,1 %
AS Hamburg im AZ, LAS	114	89,8 %
AS Neumünster, LAS	210	88,5 %
AS Suhl im AZ	58	87,3 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	70	85,9 %
AS Gießen im AZ, LAS	270	83,0 %
AS Heidelberg im AZ	98	81,1 %
AS Deggendorf in AnkER	75	76,1 %

	So	Somalia	
	Anteil Gesamt-		
01.01. bis 31.12.2022		schutz unter Außerachtlas-	
	Gesamt	sung formeller	
		Entscheidungen	
Onconications sigh sites	4.952	des BAMF	
Organisationseinheiten darunter:	4.853	80,8 %	
	61	00.2.0/	
AS Braunschweig		98,2 %	
AS Friedland, LAS	103	98,0 %	
AS Bramsche im AZ	59	93,0 %	
AS Hamburg im AZ, LAS	79	91,9 %	
Entscheidungszentrum West Bonn	151	90,3 %	
AS Neustadt	120	89,9 %	
AS Bochum, LAS	211	89,6 %	
AS Büdingen	174	88,5 %	
AS Berlin, LAS	53	87,8 %	
AS München	135	87,6 %	
AS Unna im AZ	51	85,7 %	
AS Bielefeld im AZ	51	85,1 %	
AS Suhl im AZ	53	85,0 %	
AS Neumünster, LAS	131	84,2 %	
AS Bremen im AZ, LAS	56	82,7 %	
AS Heidelberg im AZ	188	81,5 %	
AS Speyer	114	81,2 %	
AS Trier, LAS	339	80,6 %	
AS Gießen im AZ, LAS	572	80,4 %	
AS Bonn im AZ	163	80,1 %	
AS Düsseldorf	253	75,4 %	
AS Schweinfurt in AnkER	328	66,8 %	
AS Karlsruhe, LAS	59	65,3 %	

Son	malia	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Anteil Gesamt- schutz unter Außerachtlas- sung formeller Entscheidungen des BAMF
AS Zirndorf in AnkER	60	59,6 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	169	52,1 %

	Nigeria		
	Anteil Gesamt-		
		schutz unter	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-	
	Commi	sung formeller	
		Entscheidungen des BAMF	
Organisationseinheiten	3.696	18,3 %	
darunter:	3.090	16,5 /0	
	110	22.2.0/	
AS Düsseldorf	118	33,3 %	
AS Regensburg in AnkER	75	31,7 %	
AS Bochum, LAS	227	30,6 %	
AS Ellwangen	59	27,8 %	
AS Bonn im AZ	116	25,5 %	
AS Freiburg	70	23,5 %	
AS Augsburg in AnkER	66	20,5 %	
Entscheidungszentrum West Bonn	127	19,1 %	
AS Unna im AZ	85	19,0 %	
AS Sigmaringen	115	18,8 %	
AS Zirndorf in AnkER	66	18,8 %	
AS Lebach in AnkER, LAS	55	17,6 %	
AS Karlsruhe, LAS	158	15,0 %	
AS Trier, LAS	85	13,3 %	
AS Gießen im AZ, LAS	66	12,0 %	
AS München	578	11,6 %	
AS Heidelberg im AZ	303	8,5 %	
AS Mönchengladbach im AZ	61	5,1 %	

Russische		e Föderation
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Anteil Gesamt- schutz unter Außerachtlas- sung formeller Entscheidungen
		des BAMF
Organisationseinheiten	2.594	24,0 %
darunter:		
AS Gießen im AZ, LAS	123	60,0 %
AS Bochum, LAS	78	50,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	55	37,9 %

	Russische	e Föderation	
		Anteil Gesamt-	
		schutz unter	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-	
	Gesami	sung formeller	
		Entscheidungen	
		des BAMF	
AS Trier, LAS	63	30,3 %	
AS Bamberg in AnkER	115	22,8 %	
AS Suhl im AZ	57	22,2 %	
AS Berlin, LAS	154	20,0 %	
AS Neumünster, LAS	104	19,6 %	
Entscheidungszentrum West Bonn	73	16,9 %	
AS Hamburg im AZ, LAS	67	10,3 %	
AS Eisenhüttenstadt, LAS	279	5,5 %	
AS Berlin im AZ	112	3,7 %	

	Türkei		
21 21 1: 21 12 222		Anteil Gesamt-	
		schutz unter	
01.01. bis 31.12.2022	Gesamt	Außerachtlas-	
	3454111	sung formeller	
		Entscheidungen des BAMF	
Organisationseinheiten	11.073	35,2 %	
darunter:	11.073	33,2 70	
AS Ellwangen	91	90,0 %	
	61		
AS Freiburg		72,2 %	
AS Karlsruhe, LAS	278	70,9 %	
AS Sigmaringen	159	69,9 %	
AS Trier, LAS	397	61,5 %	
AS Büdingen	151	60,3 %	
AS Bochum, LAS	301	54,4 %	
AS Speyer	194	49,7 %	
AS Bramsche im AZ	310	47,3 %	
AS Oldenburg	98	46,7 %	
AS München	147	43,9 %	
AS Düsseldorf	349	43,7 %	
AS Augsburg in AnkER	508	43,4 %	
AS Heidelberg im AZ	810	42,4 %	
Entscheidungszentrum West Bonn	137	40,3 %	
AS Bielefeld im AZ	209	39,9 %	
AS Gießen im AZ, LAS	860	39,0 %	
AS Unna im AZ	208	36,6 %	
AS Braunschweig	68	33,9 %	
AS Halberstadt im AZ, LAS	90	31,1 %	
AS Bad Fallingbostel im AZ	105	29,9 %	
AS Nostorf-Horst, LAS	88	28,9 %	
AS Bonn im AZ	497	28,3 %	

	Türkei		
		Anteil Gesamt-	
01.01.1: 01.10.000	Gesamt	schutz unter	
01.01. bis 31.12.2022		Außerachtlas-	
		sung formeller	
		Entscheidungen	
		des BAMF	
AS Essen	215	26,9 %	
AS Mönchengladbach im AZ	212	26,4 %	
AS Friedland, LAS	84	25,4 %	
AS Neumünster, LAS	471	21,1 %	
AS Lebach in AnkER, LAS	104	20,6 %	
AS Zirndorf in AnkER	334	20,5 %	
AS Eisenhüttenstadt, LAS	157	14,6 %	
AS Hamburg im AZ, LAS	134	14,0 %	
AS Suhl im AZ	219	12,6 %	
AS Berlin, LAS	821	11,9 %	
AS Chemnitz im AZ, LAS	265	7,1 %	
AS Bremen im AZ, LAS	79	5,9 %	
AS Dresden in AnkER	295	5,0 %	

6. Wie viele Asylanträge von nichtukrainischen Staatsangehörigen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, gab es im Jahr 2022, und wie wurden diese vom BAMF bislang entschieden (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden.

		Entscheidungen über Asylanträge						
24.02.bis 31.12.2022	Asyl- anträge	insgesamt	Asylberechtigung Arti- kel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	Sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Staatsangehörigkeiten	269	120	-	12	10	5	73	20
gesamt								
darunter:								
Nigeria	30	11	-	1	-	Ī	7	3
Aserbaidschan	25	14	-	-	-	-	10	4
Afghanistan	23	10	-	4	-	5	1	-
Armenien	17	11	-	-	-	-	11	-
Syrien	16	10	-	-	9	-	-	1
Somalia	12	6	-	4	-	•	2	-
Tadschikistan	12	1	-	-	-	-	1	-
Marokko	11	6	-	-	-	-	4	2
Ungeklärt	11	4	-	1	-	-	-	3
Türkei	10	4	-	-	-	-	2	2

7. Wie viele Ablehnungen und wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gab es im Jahr 2022 bzw. im Jahr 2021 gegenüber unbegleiteten Minderjährigen (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele Abschiebungsandrohungen wurden infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 durch Abhilfeentscheidungen des BAMF oder Anordnungen der Gerichte (bitte differenzieren) zurückgenommen, und in wie vielen Fällen wurden gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Abschiebungsandrohungen trotz Ablehnung des Asylantrags erlassen, weil im Herkunftsland keine geeigneten Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung standen (bitte ebenfalls jeweils nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Über die Rücknahme von Abschiebungsandrohungen durch Abhilfeentscheidungen des BAMF oder Anordnung der Gerichte infolge des Urteils des EuGHs vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 liegen keine Daten vor.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2021	Ablehnungen
Gesamtergebnis	269
davon	
Syrien	0
Afghanistan	86
Somalia	15
Irak	36
Guinea	35
Eritrea	4
Iran	11
Marokko	9
Algerien	5
Pakistan	8

Jahr 2021	Abschiebungsandrohung	Abschiebungsandrohung nur	Abschiebungsanordnung in
Jaili 2021	auch in Herkunftsstaat	in Drittstaat	sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	324	16	2
davon:			
Syrien	0	9	2
Afghanistan	106	1	0
Somalia	16	5	0
Irak	39	0	0
Guinea	40	0	0
Eritrea	6	1	0
Iran	11	0	0
Marokko	15	0	0
Algerien	14	0	0
Pakistan	9	0	0

Jahr 2021	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags *
Gesamtergebnis	4
davon	
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	1
Gambia	1

Jahr 2021	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags *
Großbritannien mit Nordirland	1
Irak	1

^{*} Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

Jahr 2022	Ablehnungen
Gesamtergebnis	213
davon	
Afghanistan	2
Syrien	0
Somalia	22
Irak	54
Guinea	14
Pakistan	17
Eritrea	8
Türkei	18
Iran	12
Algerien	11

Jahr 2022	Abschiebungsandrohung	Abschiebungsandrohung nur	Abschiebungsanordnung in
Jani 2022	auch in Herkunftsstaat	in Drittstaat	sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	220	29	10
davon:			
Afghanistan	4	3	5
Syrien	0	16	4
Somalia	21	5	0
Irak	52	1	0
Guinea	14	0	1
Pakistan	15	1	0
Eritrea	8	0	0
Türkei	18	0	0
Iran	12	0	0
Algerien	12	0	0

Jahr 2022	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags (*)
Gesamtergebnis	21
davon	
Algerien	2
Benin	2
Guinea	3
Irak	3
Iran	2
Marokko	1
Pakistan	3
Somalia	3
Ungeklärt	2

^{*} Hinweis: Es liegen keine Daten darüber vor, aus welchen Gründen die Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags entfällt.

8. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2022 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen), wie groß war die Zahl der Asylsuchenden, die noch keinen Asylantrag stellen konnten, zum 30. Oktober 2022 bzw. zum 31. Dezember 2022 bzw. zum letzten Stand (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und welche Maßnahmen zur Reduzierung der Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung hat das BAMF mit welchen Wirkungen unternommen (bitte mit Datum und Daten zum Erfolg der Maßnahmen auflisten, vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 36 der Abgeordneten Clara Bünger auf Bundestagsdrucksache 20/1537)?

Vor dem Hintergrund der seit Oktober 2022 ansteigenden Anzahl an Asylgesuchen hat das BAMF im Herbst 2022 ein Maßnahmenbündel umgesetzt, um Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung zu reduzieren und eine möglichst zügige Antragsannahme zu gewährleisten. Hierzu zählen ablauforganisatorische Maßnahmen und personelle Unterstützungsmaßnahmen der Außenstellen. Letztere umfassen sowohl die temporäre Verlagerung von internen Personalressourcen in die für die Antragsannahme zuständigen Bereiche der Außenstellen als auch den zeitlich befristeten Einsatz von externen Unterstützungskräften zur Entlastung der Asylverfahrenssekretariate.

Mit der steigenden Anzahl an Asylgesuchen ist auch der Bedarf an Dolmetschenden für die Antragsannahme gestiegen. Auch in diesem Bereich hat das BAMF Maßnahmen ergriffen, um den verfügbaren Bestand zu erweitern und die eigene Wettbewerbsfähigkeit bei der Gewinnung von Sprachmittelnden nachhaltig zu stärken.

Das BAMF befindet sich zudem in einem kontinuierlichen und engen Austausch mit den zuständigen Landesbehörden, um die verschiedenen Prozessschritte zu optimieren und eine möglichst zügige Antragsannahme zu gewährleisten.

Im Januar 2023 lag die Zahl der Asylerstanträge erstmals seit Februar 2022 über der Zahl der Asylgesuche. Zu beachten ist, dass nicht jedes Asylgesuch einen Asylantrag nach sich zieht (z. B. bei Personen, die als Asylsuchende registriert wurden, aber aufgrund der Weiterreise in andere Staaten keinen Asylantrag in Deutschland stellen).

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2022	13.502	13.726
Februar 2022	12.968	13.915
März 2022**	17.108	14.135
April 2022	14.376	11.359
Mai 2022	15.669	12.877
Juni 2022	16.326	12.317
Juli 2022	18.290	13.204
August 2022	22.716	16.111
September 2022	32.297	18.720
Oktober 2022	30.731	23.918
November 2022	33.346	29.383
Dezember 2022	27.283	26.672
Januar 2023	24.623	29.072

^{*}Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

**Die in der Bundestagsdrucksache 20/2309 genannte Zahl von 95.238 Asylgesuchen für den Monat März 2022 wurde um die Personen, die einen Aufenthaltstitel zum vorübergehenden Schutz nach § 24 AufenthG beantragt/erhalten haben, bereinigt.

Land	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 31.10.2022)
Gesamt	50.545
davon	
Baden-Württemberg	3.359
Bayern	9.405
Berlin	716
Brandenburg	861
Bremen	630
Hamburg	637
Hessen	3.598
Mecklenburg-Vorpommern	577
Niedersachsen	4.296
Nordrhein-Westfalen	7.749
Rheinland-Pfalz	2.198
Saarland	386
Sachsen	1.427
Sachsen-Anhalt	1.111
Schleswig-Holstein	1.329
Thüringen	1.406
Unbekannt*	10.860

^{*} Registrierungen mit Land "unbekannt" sind solche, die hauptsächlich von polizeilichen Stellen vorgenommen wurden. Bei dieser Registrierung kann oftmals noch kein Land zugeordnet werden. Dieses wird dann nachträglich bei der Asylantragstellung bestimmt.

Herkunftsland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 31.10.2022)
Gesamt	50.545
darunter	
Syrien	14.998
Türkei	6.842
Afghanistan	6.447
Georgien	1.999
Irak	1.921
Iran	1.671
Russische Föderation	1.182
Nordmazedonien	1.110
Marokko	809
Ägypten	786

Land	Asylgesuche aus 2022 ohne Antragstellung
Land	(Stand: 31.01.2023)
Gesamt	32.854
davon	
Baden-Württemberg	2.778
Bayern	7.007
Berlin	339
Brandenburg	714
Bremen	290
Hamburg	196

Land	Asylgesuche aus 2022 ohne Antragstellung (Stand: 31.01.2023)
Hessen	1.043
Mecklenburg-Vorpommern	206
Niedersachsen	2.275
Nordrhein-Westfalen	5.389
Rheinland-Pfalz	1.053
Saarland	46
Sachsen	735
Sachsen-Anhalt	1.087
Schleswig-Holstein	400
Thüringen	1.245
unbekannt	8.051

Herkunftsland	Asylgesuche aus 2022 ohne Antragstellung (Stand: 31.01.2023)
Gesamt	32.854
darunter	
Syrien	6.744
Afghanistan	4.813
Türkei	4.241
Georgien	1.673
Iran	1.073
Irak	1.059
Nordmazedonien	978
Russische Föderation	969
Ägypten	830
Marokko	733

9. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Jahr 2022 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren 01.01.bis 31.12.2022							
Anzahl der Anzahl der Anzahl der Anteil der							
Staatsangehörigkeiten	Erstantragssteller	Antragssteller mit	Antragssteller ohne	Antragssteller ohne			
		Identitätspapieren*	Identitätspapiere*	Identitätspapiere*			
Gesamt	136.542	67.486	69.056	50,6 %			
darunter:							
Syrien	44.416	27.918	16.498	37,1 %			
Afghanistan	22.012	6.515	15.497	70,4 %			
Türkei	17.733	9.129	8.604	48,5 %			
Irak	8.068	4.739	3.329	41,3 %			
Georgien	5.399	3.571	1.828	33,9 %			
Iran	4.710	1.722	2.988	63,4 %			
Ungeklärt	2.804	1.250	1.554	55,4 %			
Somalia	1.506	137	1.369	90,9 %			
Eritrea	863	318	545	63,2 %			

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren 01.01.bis 31.12.2022						
Anzahl der Anzahl der Anteil der						
Staatsangehörigkeiten	Erstantragssteller	Antragssteller mit Identitätspapieren*	Identitätspapiere*	Antragssteller ohne Identitätspapiere*		
Russische Föderation	1.783	1.011	772	43,3 %		
Nordmazedonien	1.106	557	549	49,6 %		
Moldau, Republik	1.465	856	609	41,6 %		
Nigeria	1.063	161	902	84,9 %		
Venezuela	1.385	1.317	68	4,9 %		
Libanon	1.180	188	992	84,1 %		

^{*} Pass, Passersatz, Personalausweis

10. In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2022 mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 27.334 Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ausgelesen und 6.486 Ergebnisberichte erstellt. Die weiteren Angaben nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	01.01. bis 31.12.2022 *
Afghanistan	6.094
Syrien	5.358
Türkei	2.134
Irak	1.299
Ungeklärt	947
Iran	851
Georgien	750
Algerien	405
Moldau	399
Tunesien	322

^{*} Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem kann es zu Abweichungen der Daten im vgl. zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

a) Zu welchem Anteil verfügten im Jahr 2022 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Im Jahr 2022 gaben ca. 27,2 Prozent der Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz im Rahmen der persönlichen Erstantragstellung an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von ca. 73,2 Prozent konnten diese Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden. Asylbewerber werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung im Jahr 2022 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 6.445 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden 4.278 (66,4 Prozent) Datenträger-Auswertungen freigegeben und 2.167 (33,6 Prozent) abgelehnt. Die individuellen Gründe für entsprechende Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren für die 4.278 freigegebenen Datenträger-Auswertungen insgesamt 3.726 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentation wird als Bezugsgröße für die oben genannten Prozentsätze herangezogen. Daraus ergibt sich die folgende Darstellung (Gesamt 3.726):

- 27,0 Prozent (1.004) Identität der Antragstellenden bestätigt,
- 3,1 Prozent (117) Identität widerlegt,
- 69,9 Prozent (2.605) keine verwertbaren Erkenntnisse.
 - 11. Wie viele Asylanträge wurden im Gesamtjahr 2022 nach § 14a Absatz 2 AsylG von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2022 bei 90,8 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 87,4 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 67,8 Prozent.

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2022 bei 94,6 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 92,2 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 79,0 Prozent.

Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden; Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

	Jahr 2022	
		Verhältnis zu
	absolut	Asylerstanträgen ge-
		samt
Asylerstanträge gesamt	217.774	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	81.232	37,3 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	72.235	33,2
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	2.312	1,1 %
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	5.784	2,7 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter	8.997	4,1 %
18 Jahre		
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	4.965	2,3 %
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	63	0,0 %

12. Wie viele der Asylsuchenden im Gesamtjahr 2022 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

24.791 Asylsuchende im Gesamtjahr 2022 waren so genannte "Nachgeborene", d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 4.157 Kinder von Asylsuchenden und 7.398 von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a des Grundgesetzes und § 3 Absatz 1AsylG). Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

01.01. bis 31.12.2022	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	24.791	11,4 Prozent
darunter:		
Syrien	10.785	15,2 Prozent
Afghanistan	2.303	6,3 Prozent
Türkei	634	2,6 Prozent
Irak	2.701	17,8 Prozent
Georgien	178	2,2 Prozent
Iran	393	6,2 Prozent
Ungeklärt	812	17,4 Prozent
Somalia	1.115	28,3 Prozent
Eritrea	1.551	39,5 Prozent
Russische Föderation	324	11,4 Prozent

13. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im Gesamtjahr 2022 (bitte nach verschiedenen Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Dublin-Entscheidung, sonstiger Verfahrenserledigung und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Entscheidungen über Erstanträge								
2022	Gesamt	Anerkennung als Asylbe- rechtigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flücht- ling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt)	Ablehnungen (offens. unbegr. abgelehnt)	Entscheidungen im Dublin-Verfahren (z. B. § 29 INr. 1 AsylG)	Sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)
Herkunfts- länder gesamt	3.172	18	342	1.276	1.180	200	13	10	133
darunter									
Afghanistan	1.440	16	213	104	1.063	2	-	5	37
Syrien	1.150	1	22	1.097	1	-	-	4	25
Türkei	22	-	-	-	2	18	-	-	2
Somalia	164	-	64	39	30	22	-	-	9
Irak	89	-	2	1	27	52	2	-	5
Guinea	46	-	5	4	17	14	-	1	5
Iran	22	-	6	1	1	12	-	-	2
Pakistan	29	-	3	3	2	17	-	-	4
Eritrea	27	-	9	3	7	8	_	-	-
Ungeklärt	15	-	4	6	1	4	-	-	-
Äthiopien	13	-	2	2	6	2	-	-	1
Marokko	15	-	-	1	-	5	-	-	9
Algerien	21	1	-	2	1	10	1	-	6
Elfenbein- küste (Cote d Ivoire)	13	-	3	3	3	2	-	-	2
Gambia	3	-	1	_	-	_	-	-	2

14. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im Gesamtjahr 2022 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Aktuell liegen Daten für den Zeitraum Januar bis November 2022 vor. Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Januar bis November	Unbegleitete	Zurückschiebungen	Zurückweisungen	Übergabe
2022	Minderjährige			Jugendamt
Gesamt	6.518	159	1.811	3.620
davon nach Grenzen				
Österreich	2.376	19	1.587	590
Schweiz	1.397	9	199	956
Tschechien	898	57	4	710
Frankreich	501	65	7	334
Polen	494	-	-	332
ungeklärt	301	-	-	262

Januar bis November	Unbegleitete	Zurückschiebungen	Zurückweisungen	Übergabe
2022	Minderjährige			Jugendamt
Belgien	259	-	6	229
Niederlande	79	9	2	55
Luxemburg	40	-	-	32
Dänemark	39	-	-	31
Luftgrenze	133	-	6	88
Seegrenze	1	-	-	1
davon nach Staatsangeh	örigkeit			
afghanisch	3.156	14	1.121	1.622
syrisch	1.719	60	408	1.010
türkisch	304	10	59	191
marokkanisch	248	12	36	175
algerisch	186	25	14	115

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

15. Wie viele Asylanträge wurden im Gesamtjahr 2022 als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt (bitte differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2022	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegrün- det abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	49.330	18.376	37,3 %
darunter:			
Syrien	41	9	22,0 %
Afghanistan	260	14	5,4 %
Türkei	5.671	898	15,8 %
Irak	11.949	1.295	10,8 %
Georgien	5.301	3.691	69,6 %
Iran	1.768	93	5,3 %
Ungeklärt	804	232	28,9 %
Somalia	732	26	3,6 %
Eritrea	274	11	4,0 %
Russische Föderation	942	236	25,1 %
Nordmazedonien	2.287	2.270	99,3 %
Moldau, Republik	2.119	1.895	89,4 %
Nigeria	1.863	262	14,1 %
Venezuela	745	197	26,4 %
Libanon	689	211	30,6 %

16. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im Gesamtjahr 2022 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2022	F	lughafenverfahr	Entscheidungen innerhalb von zwei Tagen nach Antragstellung			
Herkunftsland	Akten- anlage darunter: Mitteilung Personen un- ter 18 Jahren Absatz 6		offens. unbegründet	eingestellt		
Insgesamt	347	72	223	120	0	
darunter:						
Syrien	55	12	54	0	0	
Iran	52	11	42	12	0	
Afghanistan	31	10	31	0	0	
Türkei	28	7	12	15	0	
Mongolei	20	10	7	13	0	
Kuba	17	2	5	12	0	
Russische Föderation	17	1	13	4	0	
Angola	15	10	8	7	0	
Irak	11	1	1	10	0	
Ungeklärt	10	1	4	6	0	

Jahr 2022	F	lughafenverfahr	Entscheidungen innerhalb				
			von				
		zwei Tagen nach Ant					
				lung			
Flughafen	Aktenanlage	darunter:	Mitteilung	offens.	eingestellt		
		Personen unter	§ 18a Absatz 6	unbegründet			
		18 Jahren					
Insgesamt	347	72	223	120	0		
Flughafen Berlin	45	10	34	11	0		
Flughafen Frankfurt	270	61	166	100	0		
Flughafen München	32	1	23	9	0		

01.01.bis 31.12.2022	Rechtsmittel Verwaltungsgericht							
Herkunftsland	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt					
Insgesamt	91	6	76					
Syrien	1	1	0					
Iran	11	1	10					
Afghanistan	0	0	0					
Türkei	13	0	12					
Mongolei	5	0	5					
Kuba	10	0	10					
Russische Föderation	5	1	3					
Angola	1	0	2					
Irak	11	0	9					
Ungeklärt	7	3	2					

17. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2022 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Erst- und Folgeanträge											
		Gerichtsentscheidungen									
01.01.bis 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Eingelegte Klagen	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	A Li channa 200	Atlemmigen	sonst. Verfahrenserledigun-	(z. B. Rücknahmen)	anhängige Rechtsmittel
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staats- angehörigkeiten gesamt	71.951	89.469	440	5.014	1.358	8.933	26.826	30,0 %	46.898	52,4 %	124.169
darunter:											

			Е	rst- und	Folgeant	räge					
01.01.bis 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)		Gerichtsentscheidungen									
	Eingelegte Klagen	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	A blobana on	Atlemmigen	sonst. Verfahrenserledigun-	(z. B. Rücknahmen)	anhängige Rechtsmittel
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Irak	14.254	9.265	-	271	157	889	3.635	39,2 %	4.313	46,6 %	21.283
Syrien	11.386	11.797	8	782	26	108	3.230	27,4 %	7.643	64,8 %	17.497
Afghanistan	6.596	14.787	17	758	118	5.116	331	2,2 %	8.447	57,1 %	7.564
Türkei	6.039	5.051	179	520	28	75	2.251	44,6 %	1.998	39,6 %	10.802
Georgien	4.424	2.584	4	8	-	65	1.177	45,5 %	1.330	51,5 %	4.721
Iran	2.594	5.755	74	1.391	65	86	2.166	37,6 %	1.973	34,3 %	8.434
Nigeria	2.494	5.680	4	56	7	417	2.548	44,9 %	2.648	46,6 %	6.235
Nordmazedonien	1.967	1.610	-	3	1	12	363	22,5 %	1.231	76,5 %	1.751
Russische Föderation	1.496	3.845	60	96	78	143	1.481	38,5 %	1.987	51,7 %	7.026
Moldau, Republik	1.468	1.719	-	-	-	4	818	47,6 %	897	52,2 %	1.501
Somalia	1.413	1.895	1	65	71	330	292	15,4 %	1.136	59,9 %	2.479
Ungeklärt	1.337	1.532	7	112	47	160	323	21,1 %	883	57,6 %	2.651
Pakistan	1.127	2.493	13	337	8	83	852	34,2 %	1.200	48,1 %	2.337
Albanien	994	968	-	4	6	30	275	28,4 %	653	67,5 %	1.074
Serbien	981	788	-	-	1	5	234	29,7 %	548	69,5 %	1.150
Bosnien und Herzegowina	611	590	-	-	-	2	82	13,9 %	506	85,8 %	595
Montenegro	180	103	-	-	-	1	32	31,1 %	70	68,0 %	206
Ghana	180	293	-	5	-	16	71	24,2 %	201	68,6 %	459
Kosovo	152	234	-	-	-	17	66	28,2 %	151	64,5 %	390
Senegal	83	151	-	-	1	16	47	31,1 %	87	57,6 %	191
Armanian	571	051		2	2	4.4	222	20.1.0/	470	55.2.0/	1 226
Armenien Algerien	571	851	-	2	2	44	333	39,1 %	470	55,2 %	1.336
Tunesien	435	603	-	5	2	19	173	28,7 %	404	67,0 %	490
Marokko	387	442	1	11	6	8	96	21,7 %	320	72,4 %	465
Belarus	341	504	-	12	8	23	142	28,2 %	319	63,3 %	588
	197	180	-	1	-	1	53	29,4 %	125	69,4 %	213
Ukraine	175	716	-	8	287	11	75	10,5 %	335	46,8 %	511

Widerrufsverfahren									
le			Gerichtsentscheidungen				nittel		
01.01 31.12.2022- 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Eingelegte Klagen	Gesamt	16a GC lingseig su	of Artikel G/Flücht- genschaft/ obs. hutz	kein W	/iderruf	erled (z. B. l	Verfahrens- igungen Rücknah- nen)	anhängige Rechtsmittel
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.059	2.228	778	34,9 %	279	12,5 %	1.171	52,6 %	3.743
darunter:									
Irak	267	332	167	50,3 %	34	10,2 %	131	39,5 %	1.053
Syrien	186	287	136	47,4 %	18	6,3 %	133	46,3 %	499
Ungeklärt	50	80	40	50,0 %	4	5,0 %	36	45,0 %	177
Eritrea	48	74	16	21,6 %	6	8,1 %	52	70,3 %	113
Armenien	48	67	52	77,6 %	1	1,5 %	14	20,9 %	153
Türkei	45	92	52	56,5 %	7	7,6 %	33	35,9 %	134
Afghanistan	43	652	38	5,8 %	150	23,0 %	464	71,2 %	330
Iran	40	64	25	39,1 %	3	4,7 %	36	56,3 %	124
Nigeria	33	64	36	56,3 %	2	3,1 %	26	40,6 %	107
Indien	33	15	11	73,3 %	-	0,0 %	4	26,7 %	75
Russische Föderation	30	75	27	36,0 %	5	6,7 %	43	57,3 %	197
Somalia	26	46	13	28,3 %	6	13,0 %	27	58,7 %	88
Äthiopien	22	25	5	20,0 %	4	16,0 %	16	64,0 %	78
Jordanien	17	32	4	12,5 %	2	6,3 %	26	81,3 %	35
Kosovo	13	15	10	66,7 %	-	0,0 %	5	33,3 %	47
Serbien	9	13	9	69,2 %	-	0,0 %	4	30,8 %	39
Albanien	6	11	2	18,2 %	-	0,0 %	9	81,8 %	17
Ghana	4	2	1	50,0 %	-	0,0 %	1	50,0 %	13
Bosnien und	3	9	6	66,7 %	1	11,1 %	2	22,2 %	5
Herzegowina									
Nordmazedonien	3	7	6	85,7 %	-	0,0 %		14,3 %	8
Montenegro	-	1	1	100,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	8
Senegal	-	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	100,0 %	5
Tunesien	6	6	1	16,7 %	1	16,7 %	4	66,7 %	7
Algerien	5	4	2	50,0 %	-	0,0 %	2	50,0 %	19
Marokko	3	11	5	45,5 %	1	9,1 %	5	45,5 %	11
Georgien	2	4	2	50,0 %	-	0,0 %	2	50,0 %	4
Ukraine	1	8	1	12,5 %	2	25,0 %		62,5 %	8
Belarus	1	1	1	100,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	1

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten			
Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge: Verfahrensdauer Widerrufe:			
01.01.bis 30.11.2022	26,1	20,5	

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01.2022 - 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	6.501	2.297	8.798
darunter:			
Afghanistan	1.463	659	2.122
Irak	956	481	1.437
Syrien	1.112	323	1.435
Türkei	431	74	505
Iran	259	104	363
Nigeria	214	107	321
Russische Föderation	215	38	253
Ungeklärt	149	54	203
Libanon	136	49	185
Guinea	129	43	172
Pakistan	142	22	164
Aserbaidschan	84	75	159
Libyen	122	35	157
Somalia	77	19	96
Tunesien	69	24	93
Nordmazedonien	23	6	29
Ghana	16	7	23
Senegal	12	5	17
Bosnien und Herzegowina	15	1	16
Serbien	4	1	5
Albanien	2	0	2
Kosovo	1	0	1
Algerien	87	3	90
Armenien	78	6	84
Weißrussland	78	5	83
Marokko	49	4	53
Georgien	39	7	46
Ukraine	21	1	22

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. bis 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	44,3	26,9	24,7
darunter:			
Afghanistan	46,9	26,3	22,5
Irak	34,5	17,2	18,6
Syrien	36,3	24,0	25,1

Zeitraum: 01.01. bis 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Türkei	35,4	27,8	9,9
Iran	37,9	36,4	19,3
Nigeria	90,2	16,7	12,3
Russische Föderation	41,8	49,5	16,3
Ungeklärt	34,9	14,6	16,6
Libanon	38,3	13,4	0,0
Guinea	30,2	16,2	8,0
Pakistan	25,4	10,5	15,0
Aserbaidschan	51,5	6,7	15,0
Libyen	81,0	0,0	7,0
Somalia	29,8	20,3	15,5
Tunesien	45,7	4,0	21,0
Nordmazedonien	69,4	5,0	0,0
Ghana	38,3	271,0	0,0
Senegal	26,4	354,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	281,9	0,0	0,0
Serbien	29,2	0,0	0,0
Albanien	73,0	0,0	0,0
Kosovo	4,0	0,0	0,0
Algerien	35,5	0,0	20,0
Armenien	28,3	17,7	60,8
Weißrussland	149,0	39,0	36,8
Marokko	21,9	8,0	73,0
Georgien	33,8	10,0	0,0
Ukraine	36,6	1,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

01.01 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt- entscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	21.804	4.856	26.660
darunter:			
Afghanistan	2.288	829	3.117
Irak	2.307	897	3.204
Syrien	2.113	543	2.656
Türkei	1.206	294	1.500
Iran	508	215	723
Nigeria	674	241	915
Russische Föderation	577	164	741
Ungeklärt	310	123	433

01.01 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt- entscheidungen
Libanon	290	103	393
Guinea	211	87	298
Pakistan	351	49	400
Aserbaidschan	273	105	378
Libyen	154	50	204
Somalia	239	98	337
Tunesien	152	36	188
Nordmazedonien	1.471	66	1.537
Ghana	120	30	150
Senegal	57	13	70
Bosnien und Herzegowina	481	18	499
Serbien	705	36	741
Albanien	766	54	820
Kosovo	88	22	110
Algerien	209	20	229
Armenien	349	29	378
Weißrussland	88	7	95
Marokko	154	27	181
Georgien	2.625	106	2.731
Ukraine	99	93	192

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 01.01 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	43,2	32,2	45,3
darunter:		-	
Afghanistan	50,2	39,8	85,7
Irak	35,9	18,2	29,2
Syrien	44,3	39,6	24,2
Türkei	30,0	32,5	30,7
Iran	36,0	32,6	43,4
Nigeria	99,4	79,9	43,7
Russische Föderation	63,2	68,4	52,2
Ungeklärt	41,3	42,3	29,1
Libanon	31,6	12,6	32,2
Guinea	37,8	18,5	17,5
Pakistan	31,5	30,8	31,8
Aserbaidschan	24,9	11,1	20,9
Libyen	72,6	0,0	53,0

Zeitraum: 01.01 30.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Somalia	44,4	19,6	22,4
Tunesien	67,2	31,9	21,5
Nordmazedonien	42,1	35,2	50,0
Ghana	42,9	68,6	31,6
Senegal	68,4	182,5	232,5
Bosnien und Herzegowina	39,3	41,4	41,5
Serbien	32,8	12,5	39,9
Albanien	27,3	24,5	32,6
Kosovo	33,4	30,6	21,5
Algerien	32,3	22,1	18,8
Armenien	31,8	13,8	21,5
Weißrussland	132,0	39,0	36,8
Marokko	25,4	6,5	42,9
Georgien	31,5	16,4	21,8
Ukraine	109,7	20,4	120,7

a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2022 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 30. November 2022 anhängig.

Anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. November 2022		
nach Staatsangehörigkeit	Klagen	
Gesamt	10.551	
darunter:		
Syrien	9.458	
Irak	285	
Ungeklärt	186	
Eritrea	167	
Afghanistan	114	
Jemen	84	
Staatenlos	52	
Somalia	41	
Iran	37	
Libyen	17	

Anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. November 2022		
nach Ländern	Klagen	
Gesamt	10.551	
Baden-Württemberg	1.449	
Bayern	943	
Berlin	779	
Brandenburg	403	
Bremen	161	
Hamburg	153	
Hessen	1.462	
Mecklenburg-Vorpommern	150	
Niedersachsen	1.175	
Nordrhein-Westfalen	2.595	
Rheinland-Pfalz	49	
Saarland	42	
Sachsen	500	
Sachsen-Anhalt	271	
Schleswig-Holstein	119	
Thüringen	300	

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 30 November 2022 anhängig.

Anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. November 2022		
nach Staatsangehörigkeit	Klagen	
Gesamt	2.463	
darunter:		
Afghanistan	1.371	
Irak	336	
Syrien	191	
Somalia	121	
Eritrea	99	
Äthiopien	55	
Nigeria	36	
Ungeklärt	31	
Russische Föderation	18	
Türkei	18	

Anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. November 2022				
nach Ländern Klagen				
Gesamt	2.463			
darunter:				
Baden-Württemberg	157			

Anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. November 2022					
nach Ländern	Klagen				
Bayern	232				
Berlin	176				
Brandenburg	126				
Bremen	51				
Hamburg	48				
Hessen	330				
Mecklenburg-Vorpommern	44				
Niedersachsen	327				
Nordrhein-Westfalen	675				
Rheinland-Pfalz	35				
Saarland	16				
Sachsen	69				
Sachsen-Anhalt	16				
Schleswig-Holstein	128				
Thüringen	33				

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden.

Nach Staatsange- hörigkeit	Summe Entschei- dungen	Anerken- nungen gem. Art. 16a GG	Flücht- lingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
01.01	6.170	15	868	5.287
31.11.2022				
darunter				
Syrien	5.397	8	746	4.643
Jemen	143	2	6	135
Ungeklärt	127	5	38	84
Irak	115	-	4	111
Eritrea	113	-	12	101
Afghanistan	73	-	17	56
Staatenlos	50	-	12	38
Somalia	28	-	4	24
Iran	21	-	9	12
Türkei	17	-	3	14

Nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen ge- mäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesse- rung
01.01. bis 30.11.2022	6.170	15	868	5.287
Baden-Württemberg	935	-	89	846

Nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen ge- mäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesse- rung
Bayern	768	-	36	732
Berlin	453	1	151	301
Brandenburg	398	1	174	223
Bremen	69	-	8	61
Hamburg	107	-	11	96
Hessen	672	7	29	636
Mecklenburg-Vorpommern	63	-	-	63
Niedersachsen	435	3	17	415
Nordrhein-Westfalen	1.191	3	210	978
Rheinland-Pfalz	220	-	25	195
Saarland	47	-	-	47
Sachsen	253	-	34	219
Sachsen-Anhalt	252	-	6	246
Schleswig-Holstein	90	-	4	86
Thüringen	217	-	74	143

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes wurden wie folgt entschieden.

Nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidun- gen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlings- schutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbes- serung
01.01. bis 30.11.2022	1.879	3	169	92	1.615
Afghanistan	1.054	1	115	19	919
Irak	245	-	11	2	232
Syrien	111	-	4	6	101
Somalia	85	1	7	5	72
Eritrea	82	-	-	30	52
Äthiopien	34	-	2	2	30
Jemen	30	-	-	13	17
Ungeklärt	25	-	3	4	18
Nigeria	23	-	-	-	23
Pakistan	18	-	6	-	12

Nach Ländern	Summe	Anerkennun-	Flüchtlings-	subsidiärer	Keine Verbes-
	Entscheidun-	gen gemäß Ar-	schutz gemäß	Schutz gemäß	serung
	gen	tikel 16a GG	§ 3 I AsylG	§ 4 I AsylG	
01.01. bis 30.11.2022	1.879	3	169	92	1.615
Baden-Württemberg	119	-	16	14	89
Bayern	221	-	8	23	190
Berlin	168	-	15	3	150
Brandenburg	100	-	22	4	74
Bremen	37	-	1	-	36
Hamburg	44	-	1	-	43
Hessen	214	1	10	9	194
Mecklenburg-Vorpom-	45	-	2	-	43
mern					
Niedersachsen	215	2	30	19	164
Nordrhein-Westfalen	465	-	46	12	407
Rheinland-Pfalz	103	-	5	1	97
Saarland	4	-	-	-	4
Sachsen	66	-	9	2	55
Sachsen-Anhalt	19	-	1	-	18
Schleswig-Holstein	32	-	-	5	27
Thüringen	27	-	3	-	24

b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2022 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig, differenzieren)?

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das bisherige Jahr 2022?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Staat- sangehörigkeit		scheidung nsgesamt	_		davon ntscheidt abgelehr			on Ents dung . abgele			davon scheidu nzulässi	
01.01.bis 30.11.2022 Stand: 15.01.2023		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	209.154	67.267	32,2 %	28.616	25.204	88,1 %	16.787	9.317	55,5 %	38.934	23.983	61,6 %
darunter:		'										
Syrien	68.440	10.589	15,5 %	30	17	56,7 %	8	3	37,5 %	6.085	4.515	74,2 %
Afghanistan	40.008	5.560	13,9 %	227	148	65,2 %	13	7	53,8 %	5.780	3.800	65,7 %
Irak	20.953	13.380	63,9 %	10.153	9.082	89,5 %	1.216	958	78,8 %	4.115	3.028	73,6 %
Türkei	9.782	5.971	61,0 %	4.208	3.960	94,1 %	780	633	81,2 %	1.665	1.276	76,6 %
Georgien	6.273	4.354	69,4 %	1.504	1.289	85,7 %	3.346	2.499	74,7 %	775	476	61,4 %

Staat- sangehörigkeit		scheidung nsgesamt		Eı	davon ntscheidt abgelehr	ıng ıt"		on Ents dung . abgele			davon scheidu nzulässi	
01.01.bis 30.11.2022 Stand: 15.01.2023		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Moldau (Rep.)	4.882	1.398	28,6 %	207	166	80,2 %	1.689	508	30,1 %	2.629	728	27,7 %
` ' '	4.702	1.248			436	80,6 %	219			848	559	
Ungeklärt			26,5 %	541				117	53,4 %			65,9 %
Nordmazedonien	4.674	1.874	40,1 %	17	10	58,8 %	2.023	955	47,2 %	1.994	880	44,1 %
Somalia	4.473	1.294	28,9 %	665	591	88,9 %	25	17	68,0 %	843	582	69,0 %
Iran	4.369	2.399	54,9 %	1.496	1.369	91,5 %	86	61	70,9 %	1.386	949	68,5 %
Nigeria	3.482	2.302	66,1 %	1.519	1.295	85,3 %	237	168	70,9 %	1.146	832	72,6 %
Eritrea	3.358	426	12,7 %	249	215	86,3 %	10	4	40,0 %	227	150	66,1 %
Serbien	2.401	967	40,3 %	6	4	66,7 %	1.086	473	43,6 %	1.122	480	42,8 %
Russische Föd.	2.368	1.387	58,6 %	656	521	79,4 %	231	123	53,2 %	1.123	787	70,1 %
Albanien	2.317	948	40,9 %	1	1	100,0 %	1.394	623	44,7 %	658	311	47,3 %
ъ. н	1 447	500	20.1.0/		-	02.2.0/	504	227	20.2.0/	604	222	46.5.07
Bosn. u. Herzeg.	1.447	566	39,1 %	6	5	83,3 %	594	227	38,2 %	694	323	46,5 %
Ghana	376	167	44,4 %	5	4	80,0 %	229	114	49,8 %	75	43	57,3 %
Kosovo	411	139	33,8 %	1	1	100,0 %	166	63	38,0 %	210	71	33,8 %
Montenegro	336	169	50,3 %	1	1	100,0 %	162	79	48,8 %	164	89	54,3 %
Senegal	154	72	46,8 %	3	3	100,0 %	53	30	56,6 %	69	32	46,4 %

Staatsangehörigkeit	ablehnende Entscheidungen				
01.0130.11.2022		darram halrlage	A mtail		
Stand: 15.01.2023		davon beklagt	Anteil		
Gesamt	92.093	59.037	64,1 %		
darunter:					
Syrien	6.691	4.640	69,3 %		
Afghanistan	6.594	3.990	60,5 %		
Irak	16.287	13.127	80,6 %		
Türkei	6.997	5.961	85,2 %		
Georgien	6.250	4.354	69,7 %		
Moldau (Republik)	4.874	1.398	28,7 %		
Ungeklärt	1.849	1.162	62,8 %		
Nordmazedonien	4.660	1.874	40,2 %		
Somalia	1.672	1.195	71,5 %		
Iran	3.091	2.385	77,2 %		
Nigeria	3.092	2.291	74,1 %		
Eritrea	537	376	70,0 %		
Serbien	2.393	967	40,4 %		
Russische Föderation	2.093	1.384	66,1 %		
Albanien	2.302	948	41,2 %		
Bosnien und Herzegowina	1.445	566	39,2 %		
Ghana	364	166	45,6 %		
Kosovo	404	139	34,4 %		
Montenegro	335	169	50,4 %		
Senegal	144	72	50,0 %		

c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Gericht Stand: 15.01.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	125.718
Bundesverwaltungsgericht	45
VGH Baden-Württemberg	79
VG Freiburg	2.310
VG Karlsruhe	1.803
VG Sigmaringen	2.427
VG Stuttgart	3.226
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	216
VG Ansbach	2.884
VG Augsburg	1.222
VG Bayreuth	971
VG München	5.869
VG Regensburg	1.988
VG Würzburg	934
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	283
OVG Berlin-Brandenburg	66

Gericht Stand: 15.01.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Berlin	9.883
VG Cottbus	1.731
VG Frankfurt / Oder	1.567
VG Potsdam	4.422
OVG der Freien Hansestadt Bremen	-
VG Bremen	1.319
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	3
VG Hamburg	2.694
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	91
VG Darmstadt	3.849
VG Frankfurt/Main	1.688
VG Kassel	2.018
VG Wiesbaden	1.520
VG Gießen	3.156
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	165
VG Braunschweig	3.036
VG Hannover	5.159
VG Oldenburg	2.868
VG Osnabrück	1.880
VG Stade	1.845
VG Lüneburg	1.846
VG Göttingen	848
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	315
VG Aachen	2.719
VG Arnsberg	5.306
VG Düsseldorf	5.355
VG Gelsenkirchen	3.487
VG Köln	5.015
VG Minden	2.803
VG Münster	3.292
OVG Rheinland-Pfalz	90
VG Trier	1.027
OVG des Saarlands	1
VG des Saarlandes	539
Schleswig-Holsteinisches OVG	50
VG Schleswig-Holstein	4.628
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	1.076
VG Halle	901
Thüringer Oberverwaltungsgericht	3
VG Gera	271
VG Meiningen	1.297
VG Weimar	1.435
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	99

Gericht Stand: 15.01.2023	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Chemnitz	3.574
VG Dresden	2.856
VG Leipzig	1.543
OVG Mecklenburg-Vorpommern	54
VG Greifswald	1.123
VG Schwerin	947

d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2022 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung

	Zeitraum: 01	.01. bis 31.11.2022	
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	23.493	16.478	7.015
davon			
Syrien	1.199	930	269
Afghanistan	11.129	6.852	4.277
Türkei	1.050	766	284
Irak	1.590	1.324	266
Georgien	84	78	6
Iran	1.931	1.638	293
Ungeklärt	474	364	110
Somalia	469	389	80
Eritrea	214	168	46
Moldau, Republik	11	1	10
Nordmazedonien	16	16	0
Russische Föderation	920	386	534
Nigeria	527	473	54
Venezuela	112	108	4
Albanien	43	32	11

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 01.01 30.11.2022						
Staatsangehörigkeit	Summe					
Gesamt	11.629					
davon						
Syrien	844					
Afghanistan	9.301					

Türkei	205
Irak	193
Georgien	3
Iran	313
Ungeklärt	86
Somalia	114
Eritrea	29
Moldau, Republik	1
Nordmazedonien	7
Russische Föderation	111
Nigeria	50
Venezuela	16
Albanien	5

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen

Zeitraum: 01.01 30.11.2022					
Staatsangehörigkeit	Summe				
Gesamt	2.164				
davon					
Syrien	14				
Afghanistan	1.891				
Türkei	2				
Irak	26				
Georgien	1				
Iran	7				
Ungeklärt	15				
Somalia	11				
Eritrea	4				
Moldau, Republik	0				
Nordmazedonien	0				
Russische Föderation	9				
Nigeria	40				
Venezuela	0				
Albanien	1				

e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im Jahr 2022 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Zeitraum: 01.01. bis 31.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	1.130	152	1.282
darunter:			

Zeitraum: 01.01. bis 31.11.2022 (Stand: 15.01.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Syrien	555	82	637
Afghanistan	230	13	243
Irak	97	6	103
Somalia	85	16	101
Ungeklärt	29	8	37
Nigeria	19	4	23
Eritrea	16	2	18
Türkei	16	4	20
Iran	11	9	20
Südsudan	11	0	11

f) Wie lang war die durchschnittliche Dauer eines gerichtlichen Asylklageverfahrens im Jahr 2022 (bitte auch nach Bundesländern differenziert darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden

Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten, Zeitraum: 01.01. bis 30.11.2022	Klagen
Antragsart: Erstanträge, Folgeanträge	
Bundesgebiet gesamt	26,1
darunter:	
Baden-Württemberg	19,3
Bayern	26,8
Berlin	31,0
Brandenburg	43,3
Bremen	24,3
Hamburg	25,4
Hessen	33,6
Mecklenburg-Vorpommern	20,5
Niedersachsen	32,8
Nordrhein-Westfalen	25,3
Rheinland-Pfalz	6,0
Saarland	13,1
Sachsen	20,7
Sachsen-Anhalt	15,0
Schleswig-Holstein	21,2
Thüringen	18,8
unbekannt	5,3

g) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2022 aufgrund verlorener Asylgerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die im Zeitraum vom 1. bis zum 31. Dezember 2022 entstandenen Kosten für alle Staatsangehörigkeiten belaufen sich auf 16.340.012,76 Euro (Vorjahr 2021: 17.390.344,35 Euro). Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der zehn wichtigsten Herkunftsländer im Zeitraum vom 1. bis 31. Dezember 2022 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Ausgaben in Euro
Syrien	2.423.996,49
Afghanistan	4.432.421,78
Irak	1.281.347,13
Türkei	867.298,82
Georgien	50.394,10
Ungeklärt	437.782,66
Somalia	616.227,87
Iran	1.592.043,53
Eritrea	271.486,65
Moldau	12.313,99

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 83b AsylG keine Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) in asylrechtlichen Streitigkeiten erhoben werden.

Kosten können jedoch für die rechtsanwaltliche Vertretung der Kläger anfallen, die das BAMF bei einem Unterliegen im gerichtlichen Verfahren teilweise oder ganz zu erstatten hat.

Rückschlüsse auf die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF lassen sich aus der Höhe der Kosten nicht herleiten. Eine Ursache für anderslautende Urteile der Verwaltungsgerichte kann der Umstand sein, dass die beklagte Entscheidung des BAMF zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung oftmals bereits einige Monate, teilweise aber auch mehrere Jahre, zurücklag. Daher kann die Beurteilung der Gerichte durch zwischenzeitliche Veränderungen, die das BAMF bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigen konnte (wie beispielsweise die Geburt von Kindern, Auswirkungen der Corona-Pandemie oder eine veränderte Situation im Herkunftsland), zwangsläufig abweichen. Solche Veränderungen wirken sich bei der gerichtlichen Entscheidung je nach Sachlage zu Gunsten der Kläger aus.

Das BAMF führt anlassbezogene Überprüfungen gerichtlich anhängiger Asylverfahren, beispielsweise hinsichtlich des Herkunftslandes Afghanistan durch, was wiederum zu Abhilfeentscheidungen führt. Zudem überprüft das BAMF im Rahmen der aktiven Prozessführung auf Anfrage der Gerichte und Verfahrensbevollmächtigten regelmäßig ergangene Bescheide in gerichtlichen Verfahren und ändert bei Vorliegen der Voraussetzungen der jeweiligen Schutznorm den Ausgangsbescheid entsprechend ab.

h) Wie begründet es die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium der Justiz, dass es keinen Handlungsbedarf sieht in Bezug auf die fehlende Berufungsmöglichkeit bei ernsthaften Zweifeln an der Richtigkeit eines Asylurteils (vgl. § 78 AsylG, Nachfrage zu Antwort zu Frage 19i auf Bundestagsdrucksache 20/4019), auch vor dem Hintergrund, dass dieser Kritikpunkt im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (Bundestagsdrucksache 20/4327) von mehreren Sachverständigen schriftlich und/oder mündlich vorgebracht wurde (vgl. https://www.bundestag.de/ausschuesse/a04_innere s/anhoerungen/922206-922206; bitte ausführen)?

Die derzeitige Ausgestaltung der im gerichtlichen Asylverfahren zur Verfügung stehenden Rechtsmittel begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Kritik einzelner Sachverständiger im Gesetzgebungsverfahren des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren führte nicht zu einer Neubewertung durch den Gesetzgeber.

i) Welche Verwaltungsgerichte wiesen im Jahr 2022 bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als zehn Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, in jedem Fall jedoch alle Entscheidungen des Verwaltungsgerichts (VG) Gera berücksichtigen, und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Gibt es entsprechende statistische Angaben auch zu einzelnen Kammern der Gerichte?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Hinweis: Das Verwaltungsgericht Gera wird nur bei den Herkunftsländern genannt, bei denen Gerichtsentscheidungen im Zeitraum vorlagen.

	Verwaltungs-	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
	gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	14.787	17	758	118	5.116	6.009	40,6 %	
	darunter:								
	VG Münster	171	6	4	0	24	34	19,9 %	
	VG Gießen	502	0	1	0	97	98	19,5 %	
	VG Greifswald	244	0	3	1	42	46	18,9 %	
	VG Osnabrück	91	0	2	3	12	17	18,7 %	
an	VG Schleswig- Holstein	555	0	1	0	92	93	16,8 %	
Afghanistan	VG Karlsruhe	166	0	0	0	26	26	15,7 %	
 ha	VG Braun-	262	6	14	2	17	39	14,9 %	
Afg	schweig								
	VG Regensburg	59	0	2	2	3	7	11,9 %	
	VG Kassel	261	0	2	7	20	29	11,1 %	
	VG Leipzig	88	0	8	1	0	9	10,2 %	
	VG Ansbach	118	0	1	0	1	2	1,7 %	
	VG Augsburg	124	0	0	0	1	1	0,8 %	
	VG Würzburg	265	0	0	0	2	2	0,8 %	
	VG Bayreuth	17	0	0	0	0	0	_	

	Vormoltungs	Gerichtsentscheidungen						tive dungen
	Verwaltungs- gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flücht- lingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
	VG Gesamt	1.305	0	33	10	201	244	18,7 %
	darunter:							
	VG Würzburg	44	0	1	0	3	4	9,1 %
	VG Schleswig-	13	0	1	0	0	1	7,7 %
	Holstein							
en	VG München	57	0	2	0	2	4	7,0 %
Äthiopien	VG Frankfurt/	95	0	0	0	1	1	1,1 %
 thi	Main							
Ä	VG Schwerin	12	0	0	0	0	0	-
	VG Bayreuth	32	0	0	0	0	0	-
	VG Hamburg	12	0	0	0	0	0	-
	VG Gießen	63	0	0	0	0	0	-
	VG Kassel	24	0	0	0	0	0	-
	VG Gera	3	0	0	0	0	0	-

			Gerichtsentscheidungen					Positive	
	Verwaltungs-			Entscheidungen					
	gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a	(GFK) Flücht-	subsidiärer	Abschiebungs-	absolut	Anteil	
			GG u. Fam. Asyl	lingsschutz	Schutz	verbot			
	VG Gesamt	9.265	0	271	157	889	1.317	14,2 %	
	darunter:								
	VG Wiesbaden	77	0	2	0	3	5	6,5 %	
	VG Hamburg	207	0	0	0	13	13	6,3 %	
	VG Münster	96	0	3	0	3	6	6,3 %	
	VG Bayreuth	182	0	3	0	8	11	6,0 %	
	VG Düsseldorf	498	0	10	4	16	30	6,0 %	
Irak	VG Würzburg	75	0	0	0	2	2	2,7 %	
ļ ži	VG Regensburg	457	0	4	1	7	12	2,6 %	
	VG Augsburg	311	0	2	4	1	7	2,3 %	
	VG Potsdam	91	0	2	0	0	2	2,2 %	
	VG Osnabrück	187	0	1	1	2	4	2,1 %	
	VG Darmstadt	58	0	0	0	1	1	1,7 %	
	VG Frankfurt/	84	0	0	0	0	0	-	
	Main								
	VG Ansbach	299	0	0	0	0	0	-	

			(Positive Entscheidun-			
	Verwaltungs-			Gerichtsentsche	idangen		ge	en
	gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs- verbot	absolut	Anteil
	VG Gesamt	5.755	74	1.391	65	86	1.616	28,1 %
	darunter:							
	VG Greifswald	136	2	13	3	0	18	13,2 %
_	VG Schleswig-	341	0	35	1	2	38	11,1 %
Iran	Holstein							
_	VG Gelsenkir-	111	1	8	0	2	11	9,9 %
	chen							
	VG Berlin	266	0	14	2	3	19	7,1 %
	VG Darmstadt	19	0	0	0	0	0	-

			(Gerichtsentscheid	ungen		Positive l	
	Verwaltungs- gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asy	(GFK) Flücht- lingsschutz	subsidiä- rer Schutz	Abschie- bungsver- bot	absolut	Anteil
	VG Gesamt	5.680	4	56	7	417	484	8,5 %
	darunter:							
	VG Augsburg	132	0	0	0	5	5	3,8 %
	VG Schleswig-	81	0	3	0	0	3	3,7 %
	Holstein							
	VG Arnsberg	253	0	0	0	9	9	3,6 %
	VG Leipzig	57	0	0	0	2	2	3,5 %
	VG Kassel	80	0	0	0	2	2	2,5 %
ಡ	VG Gera	42	0	0	0	1	1	2,4 %
Nigeria	VG Schwerin	53	0	1	0	0	1	1,9 %
: <u>F</u>	VG Cottbus	28	0	0	0	0	0	-
	VG Braun-	18	0	0	0	0	0	-
	schweig							
	VG Trier	144	0	0	0	0	0	-
	VG Bayreuth	43	0	0	0	0	0	-
	VG Hamburg	35	0	0	0	0	0	-
	VG Oldenburg	20	0	0	0	0	0	-
	VG Ansbach	55	0	0	0	0	0	-
	VG Frankfurt/	11	0	0	0	0	0	-
	Main							

	Vorwoltungs		G	erichtsentscheidu	ıngen		Positive Entscheidungen		
	Verwaltungs- gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs- verbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	2.493	13	337	8	83	441	17,7 %	
	darunter:								
	VG Gelsenkir-	39	0	0	0	2	2	5,1 %	
	chen								
	VG München	59	0	1	0	2	3	5,1 %	
	VG Münster	24	0	0	0	1	1	4,2 %	
П	VG Dresden	52	0	1	0	1	2	3,8 %	
Pakistan	VG Frankfurt/	27	0	1	0	0	1	3,7 %	
aki	Oder								
Ь	VG Aachen	32	0	1	0	0	1	3,1 %	
	VG Regensburg	16	0	0	0	0	0	-	
	VG Augsburg	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Minden	57	0	0	0	0	0	-	
	VG Cottbus	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Ansbach	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Leipzig	26	0	0	0	0	0	-	

	Varyaltungs		(Posi Entsche			
	Verwaltungs- gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsver- bot	absolut	Anteil
	VG Gesamt	3.845	60	96	78	143	377	9,8 %
	darunter:							
	VG Leipzig	42	2	0	0	0	2	4,8 %
	VG Weimar	152	4	1	0	1	6	3,9 %
	VG Göttingen	28	0	1	0	0	1	3,6 %
	VG Trier	56	0	2	0	0	2	3,6 %
	VG Cottbus	134	1	3	0	0	4	3,0 %
٦ ا	VG Schleswig-	245	0	5	1	0	6	2,4 %
Lioi	Holstein							
Russische Föderation	VG Regensburg	41	0	0	0	1	1	2,4 %
Öde	VG Bremen	47	1	0	0	0	1	2,1 %
e T	VG Arnsberg	56	0	0	0	1	1	1,8 %
ch	VG Schwerin	94	0	0	0	1	1	1,1 %
SSis	VG Bayreuth	394	0	3	0	0	3	0,8 %
Rus	VG Oldenburg	139	0	0	0	1	1	0,7 %
	VG Hamburg	41	0	0	0	0	0	-
	VG Münster	14	0	0	0	0	0	-
	VG Würzburg	41	0	0	0	0	0	-
	VG Minden	33	0	0	0	0	0	-
	VG Stade	21	0	0	0	0	0	-
	VG Hannover	75	0	0	0	0	0	-
	VG Karlsruhe	12	0	0	0	0	0	-
	VG Magdeburg	32	0	0	0	0	0	-

	Verwaltungs-		Geri	chtsentscheid	lungen		Positive Entscheidungen	
	gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG	(GFK) Flücht-	subsidiärer	Abschiebungsver-	absolut	Anteil
		Gesaint	u. Fam.Asyl	lingsschutz	Schutz	bot	aosoiui	Anten
	VG Gesamt	1.895	1	65	71	330	467	24,6 %
	darunter:							
	VG Gera	25	0	1	2	5	8	32,0 %
	VG Dresden	25	0	0	0	3	3	12,0 %
ಡ	VG Würzburg	131	0	1	0	11	12	9,2 %
Somalia	VG Aachen	71	0	0	0	6	6	8,5 %
om	VG Ansbach	15	0	0	0	1	1	6,7 %
\sim	VG Minden	31	0	0	0	2	2	6,5 %
	VG Cottbus	20	0	1	0	0	1	5,0 %
	VG Karlsruhe	26	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	13	0	0	0	0	0	-
	VG Schwerin	45	0	0	0	0	0	-

	Varyaltungs		G	erichtsentscheid	ıngen		Positive Entscheidungen		
	Verwaltungs- gerichte	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs- verbot	absolut	Anteil	
	VG Gesamt	5.051	179	520	28	75	802	15,9 %	
	darunter:								
	VG Ansbach	17	0	0	0	1	1	5,9 %	
	VG Chemnitz	35	0	2	0	0	2	5,7 %	
	VG Frankfurt/	105	1	3	0	2	6	5,7 %	
Türkei	Main								
	VG Würzburg	18	1	0	0	0	1	5,6 %	
	VG Trier	276	1	8	0	2	11	4,0 %	
	VG Stade	39	0	0	0	1	1	2,6 %	
	VG Augsburg	258	0	6	0	0	6	2,3 %	
	VG Regensburg	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Darmstadt	32	0	0	0	0	0	-	

j) Wie waren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und die jeweiligen Aufhebungsquoten bei Asylklagen in Bezug auf die Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils in den Jahren 2020, 2021 und 2022, nach Bundesländern differenziert?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Ge	erichtsent	scheidun	gen und A	Aufhebun	gsquote b	ei Asylkl	lagen		
Afghanistan Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	21.168	6	1.195	651	6.435	5.518	402	6.955	6	39,1 %
davon:										
Baden-	4.189	1	288	142	1.652	1.222	30	852	2	49,7 %
Württemberg										
Bayern	1.897	0	59	49	274	679	65	771	0	20,1 %
Berlin	794	0	27	6	198	173	5	385	0	29,1 %
Brandenburg	954	0	66	7	233	107	3	538	0	32,1 %
Bremen	244	0	41	37	75	26	0	65	0	62,7 %
Hamburg	972	0	63	53	420	120	3	313	0	55,1 %
Hessen	3.212	0	150	151	1.084	702	11	1.113	1	43,1 %
Mecklenburg- Vorpommern	144	0	1	1	9	25	16	92	0	7,6 %
Niedersachsen	2.044	0	111	31	654	507	21	720	0	38,9 %
Nordrhein- Westfalen	3.118	5	214	81	973	941	38	866	0	40,8 %

Rheinland-	689	0	38	8	149	220	48	225	1	28,3 %
Pfalz										
Saarland	33	0	1	0	9	1	0	22	0	30,3 %
Sachsen	681	0	57	31	161	185	31	216	0	36,6 %
Sachsen-An- halt	372	0	31	6	101	22	21	191	0	37,1 %
Schleswig- Holstein	1.279	0	11	2	281	496	106	381	2	23,0 %
Thüringen	546	0	37	46	162	92	4	205	0	44,9 %

	G	erichtsent	scheidun	gen und	Aufhebun	gsquote l	ei Asylk	lagen		
Afghanistan Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	16.214	11	968	426	6.444	1.724	189	6.450	2	48,4 %
davon:							l			
Baden-	1.495	1	150	78	649	170	10	437	0	58,7 %
Württemberg										
Bayern	1.287	1	28	40	300	110	39	769	0	28,7 %
Berlin	972	0	24	11	386	74	5	472	0	43,3 %
Brandenburg	1.112	0	71	17	468	82	2	472	0	50,0 %
Bremen	202	0	44	11	45	18	0	84	0	49,5 %
Hamburg	869	0	76	43	357	78	15	299	1	54,8 %
Hessen	3.507	0	128	102	1.510	442	8	1.317	0	49,6 %
Mecklenburg- Vorpommern	215	0	0	0	9	1	0	205	0	4,2 %
Niedersachsen	2.315	2	149	33	1.061	226	7	837	0	53,8 %
Nordrhein- Westfalen	2.078	6	221	37	829	280	32	673	0	52,6 %
Rheinland- Pfalz	306	0	15	2	85	60	19	125	0	33,3 %
Saarland	22	0	3	0	8	2	0	9	0	50,0 %
Sachsen	414	0	23	11	106	44	18	211	1	33,8 %
Sachsen-An- halt	171	0	16	1	49	7	4	94	0	38,6 %
Schleswig- Holstein	891	1	4	2	450	110	24	300	0	51,3 %
Thüringen	357	0	16	38	132	20	6	145	0	52,1 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

Afghanistan 01.0130.11.2 022 Länder gesamt	Gesamt 14.787	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem.	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle See See See See See See See See See Se	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote %
davon:										
Baden-	746	1	62	16	198	21	16	430	2	37,1 %
Württemberg										ŕ
Bayern	2.653	1	38	12	1.468	31	1	1.102	0	57,3 %
Berlin	1.101	1	41	0	222	46	11	780	0	24,0 %
Brandenburg	986	0	100	5	219	63	0	599	0	32,9 %
Bremen	177	0	11	0	32	1	0	133	0	24,3 %
Hamburg	587	0	39	5	143	1	0	399	0	31,9 %
Hessen	2.211	1	53	22	840	23	1	1.271	0	41,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	236	0	3	1	37	2	0	193	0	17,4 %
Niedersachsen	2.085	6	189	31	735	64	3	1.057	0	46,1 %
Nordrhein- Westfalen	2.108	7	147	8	791	47	19	1.089	0	45,2 %
Rheinland- Pfalz	288	0	7	1	60	8	16	193	3	23,6 %
Saarland	62	0	9	0	18	0	0	35	0	43,5 %
Sachsen	511	0	26	7	164	11	1	301	1	38,6 %
Sachsen-An- halt	196	0	10	0	44	3	0	139	0	27,6 %
Schleswig- Holstein	559	0	1	0	95	7	11	445	0	17,2 %
Thüringen	276	0	22	10	50	3	4	187	0	29,7 %
Unbekannt	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0,0 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen												
Äthiopien Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote			
Länder gesamt	2.423	1	84	19	931	760	84	544	0	42,7 %			

Äthiopien Jahr 2020 I 10 O O O O O O O O O O O O O O O O O O		Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Baden- Baden- Bayern B		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote	
Württemberg Bayern 1.595 O 67 3 804 412 44 265 O 54,8 % Berlin 12 O O 1 O 3 O 8 O 8,3 % Brandenburg 32 O O O O O O O O O	davon:								<u>.</u>			
Bayern	Baden-	162	0	6	5	64	56	5	26	0	46,3 %	
Berlin 12	Württemberg											
Brandenburg 32	-	1.595	0	67	3	804	412	44	265	0		
Bremen	Berlin	12	0	0	1	0	3	0	8	0	8,3 %	
Hamburg	Brandenburg	32	0	0	0	7	19	0	6	0		
Hessen	Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %	
Mecklenburg-Vorpommern 1	Hamburg	10	0	0	0	0	6	1	3	0	0,0 %	
Nordrhein	Hessen	377	0	4	1	21	198	13	140	0	6,9 %	
Niedersachsen 34		1	0	0	0	0	0	1	0	0	0,0 %	
Nordrhein-Westfalen		2.4							1.2		25.2.07	
Westfalen Rheinland- Rhei												
Pfalz Saarland O O O O O O O O O	Westfalen											
Sachsen 54 0 5 2 21 9 2 15 0 51,9 % Sachsen-Anhalt 4 0 1 1 2 0 0 0 0 100,0 % Schleswig-Holstein 37 0 0 0 0 1 1 0 10 0 8,1 % Holstein 12 0 0 0 1 1 0 10 0 8,3 % Athiopien Jahr 2021 Verlighten Weigen Legion Weigen We	Pfalz											
Sachsen-Anhalt 4 0 1 1 2 0 0 0 100,0 % Schleswig-Holstein 37 0 0 0 0 3 8 5 21 0 8,1 % Holstein 12 0 0 0 1 1 0 10 0 8,3 % Athiopien Jahr 2021 Verläglichen Wegen (mubegen (mub									-	0		
halt Schleswig- 37 0 0 0 3 8 5 21 0 8,1 % Holstein 12 0 0 0 1 1 0 10 0 8,3 % Äthiopien Jahr 2021 Jahr 2021 Verfährenserledigmesen davon: Verführenserledigmesen Jahr 2021 1.419 0 30 16 433 374 98 468 0 33,8 % Länder gesamt 1.419 0 30 16 433 374 98 468 0 33,8 % davon: Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %				5	2						-	
Holstein Thüringen 12 0 0 0 1 1 0 10 0 8,3 %		4	0	1	1	2	0	0	0	0	,	
Thüringen 12 0 0 1 1 0 10 0 8,3 % Äthiopien Jahr 2021 Jahr 2021 Segunt Ly Lige Gen Weigen (mubegiz) of Jahr 2021 Segunt Ly Lige Gen Weigen (mubegiz) of Jahr 2021 Segunt Jahr 2021 Jahr	Schleswig-	37	0	0	0	3	8	5	21	0	8,1 %	
Äthiopien Jahr 2021 Apschiebungsverbot gem davon: September 101 0 2 2 2 4 0 22 4 0 2 0 33,8 % Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %												
Länder gesamt 1.419 0 30 16 433 374 98 468 0 33,8 % davon: Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %	Thüringen	12	0	0	0	1	1	0	10	0	8,3 %	
davon: Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote	
Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %	Länder gesamt	1.419	0	30	16	433	374	98	468	0	33,8 %	
Baden- 101 0 2 5 25 47 0 22 0 31,7 %	davon:											
		101	0	2	5	25	47	0	22	0	31,7 %	
Württemberg											-	

Äthiopien Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Bayern	748	0	17	2	306	164	80	179	0	43,4 %
Berlin	6	0	0	0	1	2	0	3	0	16,7 %
Brandenburg	18	0	0	0	1	6	0	11	0	5,6 %
Bremen	6	0	0	1	2	0	0	3	0	50,0 %
Hamburg	16	0	0	0	2	6	2	6	0	12,5 %
Hessen	366	0	8	2	75	108	5	168	0	23,2 %
Mecklenburg- Vorpommern	2	0	0	0	0	0	1	1	0	0,0 %
Niedersachsen	31	0	1	1	3	11	0	15	0	16,1 %
Nordrhein- Westfalen	46	0	1	3	6	13	0	23	0	21,7 %
Rheinland- Pfalz	19	0	0	1	3	6	5	4	0	21,1 %
Saarland	1	0	0	0	1	0	0	0	0	100,0 %
Sachsen	37	0	0	0	7	4	4	22	0	18,9 %
Sachsen-An- halt	6	0	0	0	1	4	0	1	0	16,7 %
Schleswig-	9	0	1	1	0	1	1	5	0	22,2 %
Holstein										
Thüringen	7	0	0	0	0	2	0	5	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebui	ngsquote	bei Asylk	alagen		
Äthiopien 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	1.305	0	33	10	201	564	99	398	0	18,7 %
davon:										
Baden-	32	0	1	1	7	11	2	10	0	28,1 %
Württemberg										
Bayern	797	0	9	2	138	381	71	196	0	18,7 %
Berlin	4	0	0	1	1	0	0	2	0	50,0 %
Brandenburg	11	0	1	1	2	3	0	4	0	36,4 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Äthiopien 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Bremen	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0,0 %
Hamburg	12	0	0	0	0	5	0	7	0	0,0 %
Hessen	280	0	10	0	20	118	10	122	0	10,7 %
Mecklenburg- Vorpommern	12	0	0	0	0	1	5	6	0	0,0 %
Niedersachsen	33	0	0	2	10	8	1	12	0	36,4 %
Nordrhein- Westfalen	35	0	4	1	6	14	1	9	0	31,4 %
Rheinland- Pfalz	19	0	0	0	5	5	3	6	0	26,3 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Sachsen	38	0	7	2	7	11	1	10	0	42,1 %
Sachsen-An- halt	12	0	0	0	5	2	2	3	0	41,7 %
Schleswig- Holstein	13	0	1	0	0	4	3	5	0	7,7 %
Thüringen	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebun	igsquote l	oei Asylk	lagen		
Irak Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	14.660	15	557	341	1.528	6.287	415	5.513	4	16,7 %
davon:									•	'
Baden-	2.977	6	204	132	452	1.311	59	812	1	26,7 %
Württemberg										
Bayern	2.049	1	36	10	134	1.028	82	757	1	8,8 %
Berlin	746	0	17	22	52	371	4	280	0	12,2 %
Brandenburg	60	0	1	0	1	2	1	55	0	3,3 %
Bremen	46	0	0	3	0	5	0	38	0	6,5 %

	G	erichtsen	tscheidun	igen und	Aufhebun	igsquote l	oei Asylk	lagen		
Irak Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Hamburg	254	0	19	15	20	102	2	96	0	21,3 %
Hessen	827	0	15	50	86	358	17	301	0	18,3 %
Mecklenburg- Vorpommern	98	0	0	5	19	22	8	44	0	24,5 %
Niedersachsen	1.641	0	87	19	137	615	57	725	1	14,8 %
Nordrhein- Westfalen	3.585	4	121	65	373	1.529	100	1.393	0	15,7 %
Rheinland- Pfalz	367	1	3	0	21	150	9	183	0	6,8 %
Saarland	105	0	0	0	42	35	0	27	1	40,0 %
Sachsen	395	1	15	5	40	160	14	160	0	15,4 %
Sachsen-An- halt	189	0	4	4	67	15	1	98	0	39,7 %
Schleswig- Holstein	985	2	29	10	68	463	41	372	0	11,1 %
Thüringen	333	0	6	1	16	120	20	170	0	6,9 %
Unbekannt	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebun	ngsquote l	oei Asylk	lagen		
Irak Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	11.738	19	437	233	1.305	4.601	525	4.606	12	17,0 %
davon:										
Baden-	1.960	6	130	116	388	686	43	590	1	32,7 %
Württemberg										
Bayern	1.445	0	28	4	102	699	93	516	3	9,3 %
Berlin	466	0	14	10	22	182	17	221	0	9,9 %
Brandenburg	154	0	0	0	0	13	2	138	1	0,0 %
Bremen	55	0	1	0	0	13	2	39	0	1,8 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebun	gsquote l	ei Asylk	lagen		
Irak Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Hamburg	447	0	6	6	37	227	39	132	0	11,0 %
Hessen	759	0	10	19	88	232	19	391	0	15,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	124	0	1	1	24	25	4	69	0	21,0 %
Niedersachsen	1.408	1	49	20	126	631	45	536	0	13,9 %
Nordrhein- Westfalen	2.985	8	123	42	299	1.251	133	1.123	6	15,8 %
Rheinland- Pfalz	254	1	8	0	18	138	13	75	1	10,6 %
Saarland	44	0	2	0	4	23	0	15	0	13,6 %
Sachsen	490	0	25	12	28	128	27	270	0	13,3 %
Sachsen-An- halt	158	0	2	2	40	39	6	69	0	27,8 %
Schleswig- Holstein	723	3	35	0	105	250	63	267	0	19,8 %
Thüringen	262	0	3	1	24	64	19	151	0	10,7 %
Unbekannt	4	0	0	0	0	0	0	4	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asylk	alagen		
Irak 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	9.265	0	271	157	889	3.635	397	3.911	5	14,2 %
davon:										
Baden-	976	0	39	18	241	286	33	356	3	30,5 %
Württemberg										
Bayern	1.451	0	12	7	49	722	84	577	0	4,7 %
Berlin	816	0	30	10	93	411	13	259	0	16,3 %
Brandenburg	96	0	2	0	0	14	3	77	0	2,1 %
Bremen	95	0	6	6	13	27	3	40	0	26,3 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebui	ngsquote	bei Asylk	tlagen		
Irak 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Hamburg	204	0	1	0	14	40	11	138	0	7,4 %
Hessen	525	0	5	4	69	200	25	222	0	14,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	185	0	2	3	15	90	21	54	0	10,8 %
Niedersachsen	1.237	0	87	19	105	556	34	436	0	17,1 %
Nordrhein- Westfalen	2.017	0	47	23	140	722	87	998	0	10,4 %
Rheinland- Pfalz	264	0	2	0	23	148	19	71	1	9,5 %
Saarland	39	0	5	1	0	29	0	4	0	15,4 %
Sachsen	488	0	16	39	32	145	18	238	0	17,8 %
Sachsen-Anhalt	129	0	3	4	33	24	9	56	0	31,0 %
Schleswig- Holstein	433	0	8	11	25	132	34	223	0	10,2 %
Thüringen	308	0	6	12	37	89	3	160	1	17,9 %
Unbekannt	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebun	ngsquote l	oei Asylk	lagen		
Iran Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	7.029	46	1.507	23	109	2.559	157	2.619	9	24,0 %
davon:										
Baden-	856	4	230	0	13	366	24	216	3	28,9 %
Württemberg										
Bayern	702	0	103	6	3	298	41	251	0	16,0 %
Berlin	199	0	20	0	1	73	1	104	0	10,6 %
Brandenburg	188	2	57	0	0	35	2	92	0	31,4 %
Bremen	77	9	25	1	0	10	2	30	0	45,5 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote l	oei Asylk	lagen		
Iran Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Hamburg	351	0	134	5	9	81	2	120	0	42,2 %
Hessen	685	7	124	1	2	194	7	350	0	19,6 %
Mecklenburg- Vorpommern	87	1	5	0	0	49	1	31	0	6,9 %
Niedersachsen	750	0	342	1	12	166	12	216	1	47,3 %
Nordrhein- Westfalen	1.567	17	247	6	27	543	25	702	0	19,0 %
Rheinland- Pfalz	384	1	62	0	16	154	8	142	1	20,6 %
Saarland	18	1	2	0	0	1	0	14	0	16,7 %
Sachsen	215	1	71	0	2	101	5	35	0	34,4 %
Sachsen-An- halt	232	0	42	0	15	68	7	100	0	24,6 %
Schleswig- Holstein	611	2	32	3	3	405	19	143	4	6,5 %
Thüringen	106	1	11	0	6	15	1	72	0	17,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidun	igen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Iran Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	7.227	75	1.619	44	124	2.882	244	2.239	0	25,8 %
davon:										
Baden-	811	8	189	5	16	359	13	221	0	26,9 %
Württemberg										
Bayern	663	1	102	3	10	303	44	200	0	17,5 %
Berlin	313	0	32	0	5	127	9	140	0	11,8 %
Brandenburg	214	2	68	1	0	60	1	82	0	33,2 %
Bremen	98	13	51	0	1	8	0	25	0	66,3 %

Hamburg	414	0	136	0	14	67	1	196	0	36,2 %
Hessen	880	5	121	7	9	434	32	272	0	16,1 %
Mecklenburg-	74	0	6	0	1	38	3	26	0	9,5 %
Vorpommern										
Niedersachsen	595	3	285	2	19	152	10	124	0	51,9 %
Nordrhein-	1.892	31	414	13	29	753	72	580	0	25,7 %
Westfalen										
Rheinland-	415	9	108	9	8	204	24	53	0	32,3 %
Pfalz										
Saarland	15	0	3	0	0	1	0	11	0	20,0 %
Sachsen	199	0	26	0	1	47	8	117	0	13,6 %
Sachsen-An-	111	1	14	1	7	41	4	43	0	20,7 %
halt										
Schleswig-	402	0	37	0	4	263	23	75	0	10,2 %
Holstein										
Thüringen	131	2	27	3	0	25	0	74	0	24,4 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Iran 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	5.755	74	1.391	65	86	2.166	218	1.749	6	28,1 %
davon:										
Baden-	545	10	140	6	17	190	16	165	1	31,7 %
Württemberg										
Bayern	610	5	106	6	8	277	36	172	0	20,5 %
Berlin	294	1	25	2	3	135	13	114	1	10,5 %
Brandenburg	229	1	100	0	1	85	1	41	0	44,5 %
Bremen	106	11	38	0	7	15	1	34	0	52,8 %
Hamburg	343	1	78	3	13	76	3	169	0	27,7 %
Hessen	577	5	105	18	5	223	34	184	3	23,1 %
Mecklenburg- Vorpommern	132	2	12	3	0	77	4	34	0	12,9 %
Niedersachsen	590	5	281	5	14	145	10	130	0	51,7 %
Nordrhein- Westfalen	1.311	22	281	17	9	521	46	415	0	25,1 %
Rheinland- Pfalz	186	0	23	1	4	68	18	71	1	15,1 %
Saarland	18	0	15	0	1	0	0	2	0	88,9 %
Sachsen	100	7	34	0	0	16	2	41	0	41,0 %

Sachsen-An-	172	4	52	3	1	42	5	65	0	34,9 %
halt										
Schleswig-	338	0	36	0	2	206	23	71	0	11,2 %
Holstein										
Thüringen	203	0	65	1	1	90	6	40	0	33,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

	Ge	erichtsent	scheidun	gen und	Aufhebun	igsquote l	bei Asylk	lagen		
Nigeria Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. \$ 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	10.682	4	69	13	612	4.161	468	5.346	9	6,5 %
davon:	-							I		
Baden-	3.673	2	37	7	306	1.482	87	1.748	4	9,6 %
Württemberg Bayern	3.529	0	15	2	142	1.508	279	1.582	1	4,5 %
Berlin	37	0	2	0	2	6	0	27	0	10,8 %
Brandenburg	99	0	1	0	0	35	1	62	0	1,0 %
Bremen	25	0	0	0	0	2	0	23	0	0,0 %
Hamburg	82	0	0	0	1	42	2	37	0	1,2 %
Hessen	243	0	1	0	3	26	0	213	0	1,6 %
Mecklenburg- Vorpommern	9	0	0	0	0	1	0	8	0	0,0 %
Niedersachsen	174	0	0	0	6	10	2	156	0	3,4 %
Nordrhein- Westfalen	1.643	2	11	2	129	564	32	903	0	8,8 %
Rheinland- Pfalz	589	0	0	1	11	250	37	286	4	2,0 %
Saarland	43	0	1	0	0	20	0	22	0	2,3 %
Sachsen	133	0	0	0	2	39	2	90	0	1,5 %
Sachsen-An- halt	106	0	1	1	10	23	1	70	0	11,3 %
Schleswig- Holstein	101	0	0	0	0	39	6	56	0	0,0 %
Thüringen	195	0	0	0	0	114	19	62	0	0,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

	G	erichtsent	scheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Nigeria Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	8.964	11	64	12	641	3.817	582	3.823	14	8,1 %
davon:										
Baden- Württemberg	3.224	7	34	1	367	1.439	146	1.223	7	12,7 %
Bayern	2.865	0	10	3	117	1.256	279	1.195	5	4,5 %
Berlin	73	0	1	0	10	25	2	35	0	15,1 %
Brandenburg	87	0	0	0	0	30	1	56	0	0,0 %
Bremen	16	0	1	0	0	2	0	13	0	6,3 %
Hamburg	48	0	0	0	0	22	3	23	0	0,0 %
Hessen	252	0	0	0	20	98	6	128	0	7,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	38	0	0	0	0	17	1	20	0	0,0 %
Niedersachsen	161	1	6	0	14	47	5	88	0	13,0 %
Nordrhein- Westfalen	1.496	3	9	8	94	560	46	774	2	7,6 %
Rheinland- Pfalz	224	0	0	0	3	109	35	77	0	1,3 %
Saarland	11	0	0	0	1	1	0	9	0	9,1 %
Sachsen	154	0	2	0	3	66	19	64	0	3,2 %
Sachsen-Anhalt	82	0	1	0	9	31	3	38	0	12,2 %
Schleswig- Holstein	126	0	0	0	3	71	13	39	0	2,4 %
Thüringen	107	0	0	0	0	43	23	41	0	0,0 %
Nigeria 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt davon:	5.680	4	56	7	417	2.548	420	2.217	11	8,5 %

Nigeria 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Baden-	1.575	1	26	0	129	728	113	575	3	9,9 %
Württemberg										
Bayern	1.947	0	11	2	121	922	175	716	0	6,9 %
Berlin	18	0	0	0	2	1	1	14	0	11,1 %
Brandenburg	31	0	0	0	0	6	1	24	0	0,0 %
Bremen	71	0	1	0	7	18	3	42	0	11,3 %
Hamburg	35	0	0	0	0	13	0	22	0	0,0 %
Hessen	276	0	0	1	33	88	2	152	0	12,3 %
Mecklenburg- Vorpommern	52	0	1	0	0	19	8	24	0	1,9 %
Niedersachsen	127	0	1	0	8	59	8	51	0	7,1 %
Nordrhein- Westfalen	1.183	3	13	4	109	498	55	494	7	10,9 %
Rheinland- Pfalz	143	0	0	0	0	94	25	23	1	0,0 %
Saarland	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0,0 %
Sachsen	71	0	0	0	4	29	8	30	0	5,6 %
Sachsen-Anhalt	27	0	0	0	3	11	3	10	0	11,1 %
Schleswig- Holstein	80	0	3	0	0	35	17	25	0	3,8 %
Thüringen	42	0	0	0	1	26	1	14	0	2,4 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen											
Pakistan Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote		
Länder gesamt	4.999	7	516	18	144	2.353	328	1.631	2	13,7 %		
davon:												
Baden-	1.018	2	108	8	36	582	54	226	2	15,1 %		
Württemberg												
Bayern	689	0	22	0	13	326	60	268	0	5,1 %		

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asyll	klagen		
Pakistan Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Berlin	121	0	5	0	4	37	15	60	0	7,4 %
Brandenburg	316	0	13	0	10	173	18	102	0	7,3 %
Bremen	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0,0 %
Hamburg	20	0	14	0	0	1	0	5	0	70,0 %
Hessen	680	0	105	1	15	312	38	209	0	17,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	2	0	1	0	1	0	0	0	0	100,0 %
Niedersachsen	372	3	51	7	7	177	14	113	0	18,3 %
Nordrhein- Westfalen	784	2	81	2	32	388	28	251	0	14,9 %
Rheinland- Pfalz	615	0	104	0	22	189	52	248	0	20,5 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	374	0	12	0	4	165	49	144	0	4,3 %
Sachsen-An- halt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Schleswig- Holstein	3	0	0	0	0	2	0	1	0	0,0 %
Thüringen	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Pakistan Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote	
Länder gesamt	3.645	9	440	10	131	1.536	307	1.210	2	16,2 %	
davon:											
Baden-	498	1	56	1	23	239	59	117	2	16,3 %	
Württemberg											
Bayern	355	1	5	2	12	181	54	100	0	5,6 %	

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebui	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Pakistan Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Berlin	239	0	8	0	9	128	2	92	0	7,1 %
Brandenburg	269	1	19	0	16	147	8	78	0	13,4 %
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Hamburg	4	0	0	0	1	0	0	3	0	25,0 %
Hessen	616	0	128	0	20	200	72	196	0	24,0 %
Mecklenburg- Vorpommern	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0,0 %
Niedersachsen	265	3	27	4	3	111	21	96	0	14,0 %
Nordrhein- Westfalen	598	3	82	3	26	238	39	207	0	19,1 %
Rheinland- Pfalz	462	0	90	0	20	161	24	167	0	23,8 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	325	0	25	0	1	130	28	141	0	8,0 %
Sachsen-Anhalt	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0,0 %
Schleswig- Holstein	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0,0 %
Thüringen	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %
Unbekannt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %

Gerichtsentschei	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen										
Pakistan 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote	
Länder gesamt	2.493	13	337	8	83	852	198	998	4	17,7 %	
davon:											
Baden-	192	1	14	1	10	77	36	52	1	13,5 %	
Württemberg											
Bayern	105	0	1	0	2	24	14	64	0	2,9 %	

Gerichtsentschei	dungen u	nd Aufhe	bungsqu	ote bei A	sylklagen	1				
Pakistan 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Berlin	192	0	13	0	15	100	6	58	0	14,6 %
Brandenburg	118	1	2	0	11	50	8	45	1	11,9 %
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %
Hamburg	8	0	1	0	2	1	0	4	0	37,5 %
Hessen	481	1	93	4	11	185	42	145	0	22,7 %
Mecklenburg- Vorpommern	2	0	1	0	0	1	0	0	0	50,0 %
Niedersachsen	125	0	32	0	8	37	6	41	1	32,0 %
Nordrhein- Westfalen	545	3	73	1	15	178	27	247	1	16,9 %
Rheinland- Pfalz	393	1	82	2	5	94	25	184	0	22,9 %
Saarland	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0,0 %
Sachsen	320	6	25	0	4	103	33	149	0	10,9 %
Sachsen-An- halt	9	0	0	0	0	1	1	7	0	0,0 %
Schleswig- Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Thüringen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Russische Föderation Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingscshutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	5.014	88	155	20	170	1.989	331	2.259	2	8,6 %
davon:										
Baden-	298	2	12	0	9	157	18	99	1	7,7 %
Württemberg										
Bayern	533	5	5	6	26	254	61	176	0	7,9 %
Berlin	373	0	10	1	1	140	10	211	0	3,2 %

Brandenburg	566	0	0	0	0	158	12	396	0	0,0 %
Bremen	47	0	3	0	0	23	6	15	0	6,4 %
Hamburg	146	0	4	1	3	23	46	69	0	5,5 %
Hessen	226	11	6	2	1	95	5	106	0	8,8 %
Mecklenburg- Vorpommern	64	1	1	0	2	11	0	49	0	6,3 %
Niedersachsen	364	2	24	5	17	119	18	179	0	13,2 %
Nordrhein- Westfalen	1.028	9	44	1	81	432	46	414	1	13,1 %
Rheinland- Pfalz	191	40	7	0	1	36	18	89	0	25,1 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Sachsen	397	10	16	0	4	190	37	140	0	7,6 %
Sachsen-Anhalt	189	0	7	0	7	75	21	79	0	7,4 %
Schleswig- Holstein	464	0	10	4	18	239	31	162	0	6,9 %
Thüringen	127	8	6	0	0	37	2	74	0	11,0 %

	G	erichtsen	tscheidun	igen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Russische Föderation Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	5.117	73	94	75	123	2.067	380	2.285	20	7,1 %
davon:			l	l	l				l	
Baden-	456	20	14	32	18	153	29	189	1	18,4 %
Württemberg										
Bayern	418	0	1	8	2	208	54	145	0	2,6 %
Berlin	399	0	17	5	3	117	16	241	0	6,3 %
Brandenburg	745	0	0	3	3	248	43	443	5	0,8 %
Bremen	161	2	0	0	0	120	1	38	0	1,2 %
Hamburg	103	0	1	6	3	15	9	69	0	9,7 %
Hessen	186	26	7	3	2	66	0	82	0	20,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	171	1	0	0	2	52	19	91	6	1,8 %
Niedersachsen	274	5	2	3	8	106	26	124	0	6,6 %
Nordrhein- Westfalen	781	9	41	9	48	333	42	292	7	13,7 %
Rheinland- Pfalz	71	4	0	0	2	16	24	25	0	8,5 %
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0,0 %
Sachsen	543	1	5	5	23	217	64	228	0	6,3 %

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebuı	ngsquote	bei Asylk	alagen		
Russische Föderation Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Sachsen-Anhalt	115	0	1	1	1	47	11	54	0	2,6 %
Schleswig-	412	0	1	0	0	243	33	134	1	0,2 %
Holstein										
Thüringen	281	5	4	0	8	126	9	129	0	6,0 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Russische Föderation 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. \$ 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	3.845	60	96	78	143	1.481	296	1.680	11	9,8 %
davon:		'	•	-	•		•			
Baden-	160	0	0	9	17	42	26	62	4	16,3 %
Württemberg										
Bayern	586	4	5	5	2	61	35	474	0	2,7 %
Berlin	315	17	14	13	8	103	8	152	0	16,5 %
Brandenburg	1.089	1	26	39	49	601	53	320	0	10,6 %
Bremen	47	1	0	0	0	22	7	17	0	2,1 %
Hamburg	43	0	1	0	0	10	1	31	0	2,3 %
Hessen	96	20	4	0	5	10	9	48	0	30,2 %
Mecklenburg- Vorpommern	96	0	0	0	3	34	11	48	0	3,1 %
Niedersachsen	318	1	4	0	4	171	58	80	0	2,8 %
Nordrhein- Westfalen	297	0	15	5	18	120	13	126	0	12,8 %
Rheinland- Pfalz	58	0	2	0	1	19	20	16	0	5,2 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	278	12	18	6	35	75	25	100	7	25,5 %
Sachsen-Anhalt	66	0	2	0	0	21	6	37	0	3,0 %

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asylk	alagen		
Russische Föderation 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Schleswig- Holstein	244	0	4	1	0	126	18	95	0	2,0 %
Thüringen	152	4	1	0	1	66	6	74	0	3,9 %

	G	erichtsent	tscheidur	igen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Somalia Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	3.347	1	109	91	354	711	130	1.949	2	16,6 %
davon:										
Baden-	493	0	17	22	54	124	7	269	0	18,9 %
Württemberg										
Bayern	527	0	15	5	50	172	20	265	0	13,3 %
Berlin	47	0	2	8	3	1	0	33	0	27,7 %
Brandenburg	94	0	8	1	5	12	2	66	0	14,9 %
Bremen	39	0	2	1	6	10	1	19	0	23,1 %
Hamburg	49	0	0	0	1	6	0	42	0	2,0 %
Hessen	412	0	6	9	51	49	4	292	1	16,0 %
Mecklenburg- Vorpommern	32	0	0	0	0	3	3	26	0	0,0 %
Niedersachsen	271	0	12	13	57	33	12	143	1	30,3 %
Nordrhein- Westfalen	471	1	15	13	44	71	9	318	0	15,5 %
Rheinland- Pfalz	397	0	22	8	34	114	18	201	0	16,1 %
Saarland	11	0	0	0	1	3	1	6	0	9,1 %
Sachsen	86	0	0	1	2	40	2	41	0	3,5 %
Sachsen-An- halt	133	0	3	3	16	11	7	93	0	16,5 %

	G	erichtsen	tscheidur	ngen und	Aufhebu	ngsquote	bei Asylk	alagen		
Somalia Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Schleswig- Holstein	168	0	3	2	13	47	42	61	0	10,7 %
Thüringen	117	0	4	5	17	15	2	74	0	22,2 %

	G	erichtsen	tscheidun	igen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Somalia Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	2.967	1	94	80	337	605	127	1.718	5	17,3 %
davon:										
Baden-	552	0	14	29	100	172	12	223	2	25,9 %
Württemberg										
Bayern	430	0	9	6	33	122	23	236	1	11,2 %
Berlin	24	0	2	1	5	6	0	10	0	33,3 %
Brandenburg	161	0	18	5	25	11	2	100	0	29,8 %
Bremen	34	0	2	0	11	1	0	20	0	38,2 %
Hamburg	74	0	0	0	1	19	1	53	0	1,4 %
Hessen	666	0	21	8	87	89	20	441	0	17,4 %
Mecklenburg- Vorpommern	36	0	0	0	1	5	9	20	1	2,8 %
Niedersachsen	183	0	7	6	17	21	7	125	0	16,4 %
Nordrhein- Westfalen	353	1	10	18	21	57	11	235	0	14,2 %
Rheinland- Pfalz	145	0	3	3	17	25	15	82	0	15,9 %
Saarland	9	0	0	0	0	4	1	4	0	0,0 %
Sachsen	84	0	2	1	1	33	6	41	0	4,8 %
Sachsen-An- halt	87	0	0	2	8	25	8	44	0	11,5 %

	G	erichtsen	tscheidur	igen und	Aufhebui	ngsquote	bei Asylk	klagen		
Somalia Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Schleswig-	66	0	0	0	8	6	9	42	1	12,1 %
Holstein										
Thüringen	61	0	6	1	2	8	3	41	0	14,8 %
Unbekannt	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote	bei Asylk	lagen		
Somalia 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	1.895	1	65	71	330	292	112	1.020	4	24,6 %
davon:										
Baden-	173	0	5	7	30	23	14	94	0	24,3 %
Württemberg										
Bayern	232	0	7	2	22	40	14	147	0	13,4 %
Berlin	52	0	9	2	8	1	0	32	0	36,5 %
Brandenburg	143	0	6	44	14	6	3	70	0	44,8 %
Bremen	50	0	0	0	6	2	0	42	0	12,0 %
Hamburg	72	0	1	0	17	22	3	29	0	25,0 %
Hessen	354	1	12	0	86	56	7	191	1	28,0 %
Mecklenburg- Vorpommern	45	0	0	0	0	12	19	11	3	0,0 %
Niedersachsen	109	0	9	5	32	10	4	49	0	42,2 %
Nordrhein- Westfalen	363	0	11	6	72	64	10	200	0	24,5 %
Rheinland- Pfalz	158	0	3	3	21	30	21	80	0	17,1 %
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,0 %
Sachsen	42	0	0	0	4	13	3	22	0	9,5 %
Sachsen-An- halt	44	0	1	0	7	9	6	21	0	18,2 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen									
Somalia 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Schleswig- Holstein	33	0	0	0	6	3	6	18	0	18,2 %
Thüringen	25	0	1	2	5	1	2	14	0	32,0 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen											
Türkei Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote		
Länder gesamt	4.264	119	431	32	56	1.830	90	1.703	3	15,0 %		
davon:	l	Į.		l			l		l .			
Baden-	827	24	151	8	21	375	11	237	0	24,7 %		
Württemberg												
Bayern	574	5	30	2	6	326	14	191	0	7,5 %		
Berlin	256	6	3	2	1	84	5	155	0	4,7 %		
Brandenburg	45	0	0	0	0	15	0	30	0	0,0 %		
Bremen	76	0	7	3	7	18	2	39	0	22,4 %		
Hamburg	56	0	1	0	0	17	1	37	0	1,8 %		
Hessen	384	13	67	0	4	67	0	233	0	21,9 %		
Mecklenburg- Vorpommern	71	0	0	0	0	36	3	31	1	0,0 %		
Niedersachsen	305	3	16	3	1	157	4	121	0	7,5 %		
Nordrhein- Westfalen	796	30	83	12	5	301	25	340	0	16,3 %		
Rheinland- Pfalz	272	10	16	0	0	172	5	69	0	9,6 %		
Saarland	28	1	4	1	0	9	1	11	1	21,4 %		
Sachsen	214	20	25	0	1	74	8	86	0	21,5 %		
Sachsen-Anhalt	129	6	8	0	6	62	6	40	1	15,5 %		
Schleswig-	175	1	17	1	4	93	5	54	0	13,1 %		
Holstein												

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen									
Türkei Jahr 2020	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Thüringen	54	0	3	0	0	24	0	27	0	5,6 %
Unbekannt	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0,0 %

	G	erichtsen	tscheidun	gen und	Aufhebur	ngsquote l	oei Asylk	lagen		
Türkei Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of- fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Länder gesamt	5.139	168	547	25	66	2.399	137	1.795	2	15,7 %
davon:										
Baden-	1.137	27	146	11	32	588	30	303	0	19,0 %
Württemberg										
Bayern	625	1	19	1	3	380	34	187	0	3,8 %
Berlin	361	25	19	2	7	123	3	181	1	14,7 %
Brandenburg	85	1	14	0	0	19	0	51	0	17,6 %
Bremen	56	0	9	0	2	10	0	35	0	19,6 %
Hamburg	96	3	6	4	1	18	0	64	0	14,6 %
Hessen	506	4	51	0	4	210	1	235	1	11,7 %
Mecklenburg- Vorpommern	59	0	3	0	0	32	2	22	0	5,1 %
Niedersachsen	478	1	52	1	2	270	11	141	0	11,7 %
Nordrhein- Westfalen	895	86	147	6	7	332	10	307	0	27,5 %
Rheinland- Pfalz	293	4	19	0	0	199	14	57	0	7,8 %
Saarland	16	0	6	0	0	8	0	2	0	37,5 %
Sachsen	225	7	24	0	2	98	12	82	0	14,7 %
Sachsen-Anhalt	112	4	13	0	4	34	13	44	0	18,8 %
Schleswig-	129	5	12	0	2	65	7	38	0	14,7 %
Holstein										

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen									
Türkei Jahr 2021	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Thüringen	60	0	6	0	0	13	0	41	0	10,0 %
Unbekannt	6	0	1	0	0	0	0	5	0	16,7 %

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen											
Türkei 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote		
Länder gesamt	5.051	179	520	28	75	2.251	135	1.859	4	15,9 %		
davon:												
Baden-	848	21	98	5	19	424	30	247	4	16,9 %		
Württemberg												
Bayern	415	4	16	0	7	192	28	168	0	6,5 %		
Berlin	450	21	58	0	1	200	6	164	0	17,8 %		
Brandenburg	115	7	9	2	3	45	0	49	0	18,3 %		
Bremen	51	0	5	5	4	7	0	30	0	27,5 %		
Hamburg	203	1	31	0	5	85	0	81	0	18,2 %		
Hessen	684	24	66	2	4	291	10	287	0	14,0 %		
Mecklenburg- Vorpommern	62	1	5	2	0	28	2	24	0	12,9 %		
Niedersachsen	463	9	42	1	24	198	5	184	0	16,4 %		
Nordrhein- Westfalen	873	69	122	9	2	351	20	300	0	23,1 %		
Rheinland- Pfalz	280	1	8	0	2	180	15	74	0	3,9 %		
Saarland	55	1	8	0	1	23	0	22	0	18,2 %		
Sachsen	140	2	11	0	1	53	1	72	0	10,0 %		
Sachsen-Anhalt	124	3	18	0	0	47	10	46	0	16,9 %		
Schleswig-	110	2	9	1	2	45	8	43	0	12,7 %		
Holstein												

	Gerichtsentscheidungen und Aufhebungsquote bei Asylklagen									
Türkei 01.0130.11.20 22	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr./of-fens. unbegr.)	Kein weiteres Verfahren	Formelle Verfahrenserledigungen	Abschiebungsandrohung	Aufhebungsquote
Thüringen	168	13	14	1	0	82	0	58	0	16,7 %
Unbekannt	10	0	0	0	0	0	0	10	0	0,0 %

18. Wie viele Asylanhörungen gab es im Gesamtjahr 2022 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Anhörungen Jahr 2022	Anzahl
Gesamt	123.334
darunter:	
Syrien	39.276
Afghanistan	23.230
Türkei	9.818
Irak	9.949
Georgien	4.317
Iran	3.803
Ungeklärt	2.230
Somalia	2.540
Eritrea	1.668
Russische Föderation	1.341
Nordmazedonien	1.337
Moldau, Republik	1.514
Nigeria	1.508
Venezuela	1.227
Libanon	1.193

19. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im Gesamtjahr 2022 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	01.01	31.12.	2022			Er	ntscl	heidungen i	iber Asylar	nträge	
Herkunftsland	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl schutz gem.	§ 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel.) gel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrenserledi- gungen
Serbien	2.824	1.312	1.512	2.630	-		1	-	7	1.195	1.427
davon Roma	2.435	1.050	1.385	2.306	-		-	ı	4	996	1.306
Kosovo	499	228	271	443	-		-	1	8	177	257
davon Roma	254	80	174	224	-		-	•	4	73	147
Nordmaze- donien	5.602	2.755	2.847	5.264	-		2	1	12	2.287	2.962
davon Roma	3.378	1.516	1.862	3.166	-		-	1	11	1.345	1.809
Montenegro	310	126	184	356	-			2	-	174	180
davon Roma	232	81	151	265	-			-	-	121	144
Albanien	2.522	1.744	778	2.473	-		6	2	7	1.489	969
davon Roma	854	535	319	822	-			1	-	452	369
Bosnien und Herzegowina	1.364	576	788	1.541	1		1	-	-	652	887
davon Roma	1.103	421	682	1.270	-		-	-	-	486	784

20. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 20/2309 angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personal-Eins	atz ausgewählter	Bereiche in VZÄ	Ä (Vollzeitäquiva	lente)
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1157,5	1091,5	47,8	2296,8
Widerrufsprüfung*	53,1	54,4	4,2	111,7
Prozess gesamt	171,4	173,7	35,8	381,0
dezentral*	161,4	166,4	16,7	344,6
zentral**	10,0	7,3	19,1	36,4
QS gesamt	42,7	108,5	15,8	167,0
dezentral*	34,6	83,4	8,4	126,4
zentral **	8,1	25,1	7,4	40,6
Dublin gesamt	155,2	176,3	8,5	340,0
dezentral (Dublinzentren)*	64,7	103,2	0,7	168,6
Dublinreferate **	90,5	73,1	7,8	171,4

^{*}gemäß Personal-Ist Abfrage KW02 (09.01. - 13.01.2023)

^{**} gemäß ZSD Stand 01.01.2023

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.01.2023)									
mD gD hD									
Prozess zentral	0,0	0,0	2,8						
QS zentral	0,0	9,9	1,1						
Dublinverfahren	53,8	49,2	7,5						

Soll in VZÄ (Stand: 01.12.2022)										
mD gD hD										
Prozess zentral	10,0	7,0	21,9							
QS zentral	8,0	35,0	8,5							
Dublinverfahren	209,0	225,5	16,0							

Personalplanung:

Asyl und Widerruf: Aktuell sind 93 VZÄ im mD und 116 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Prozess: Aktuell sind 26 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Qualitätssicherung: Aktuell sind eine VZÄ im mD und fünf VZÄ im gD in Ausschreibung.

Dublinverfahren: Aktuell sind vier VZÄ im mD und 20 VZÄ im gD in Ausschreibung.

Die Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den veränderlichen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine gleichbleibend gültige Aussage kann deshalb nicht getroffen werden. Alle verfügbaren Stellen werden in Ausschreibungsverfahren eingebracht, damit etwaige Abgänge frühzeitig ersetzt werden können.

21. Wie viele Asylgesuche gab es im Gesamtjahr 2022 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Aktuell liegen Daten für den Zeitraum Januar bis November 2022 vor. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jan - Nov 2022	Anzahl Asylgesuche
Gesamt	39.211
davon nach Grenzen und Inland	
Belgien	663
Dänemark	153
Flughäfen	8.181
Frankreich	1.067
Inlandsfeststellungen	9.654
Luxemburg	133
Niederlande	173
Polen	7.930
Schweiz	4.662
See	200
Tschechische Republik	4.293
Österreich	2.102
darunter nach Staatsangehörigkeiten	

Jan - Nov 2022	Anzahl Asylgesuche
afghanisch	11.680
syrisch	10.545
türkisch	3.905
irakisch	2.188
iranisch	1.352
ägyptisch	824
algerisch	808
jemenitisch	668
burundisch	662
russisch	595

22. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im Gesamtjahr 2022 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2022	Entscheidungen zu§ 11 Abs. 2Auf- enthG	Entscheidungen zu § 11 Abs. 7Auf- enthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Abs. 2 und/oder§ 11 Abs. 7 Auf- enthG)
Gesamt	77.456	8.752	80.398
darunter			
Syrien	5.635	8	5.642
Afghanistan	5.667	8	5.675
Türkei	7.011	38	7.048
Irak	15.040	44	15.078
Georgien	5.845	86	5.930
Iran	2.704	29	2.732
Ungeklärt	1.531	26	1.548
Somalia	1.300	15	1.315
Eritrea	428	2	430
Russische Föderation	1.766	54	1.818

23. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im Gesamtjahr 2022 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2022	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)	
Gesamt	1.323	260	546	517	
Baden-Württemberg	198	24	90	84	
Bayern	125	26	58	41	
Berlin	201	37	92	72	
Brandenburg	23	7	9	7	
Bremen	5	2	2	1	
Hamburg	78	27	16	35	
Hessen	92	23	30	39	
Mecklenburg-Vorpom- mern	16	2	6	8	
Niedersachsen	124	13	49	62	
Nordrhein-Westfalen	326	79	137	110	
Rheinland-Pfalz	17	7	7	3	
Saarland	14	0	4	10	
Sachsen	15	4	7	4	
Sachsen-Anhalt	19	3	12	4	
Schleswig-Holstein	36	6	12	18	
Thüringen	34	0	15	19	

Jahr 2022	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	1.323	260	546	517
darunter:				
Syrien	61	33	5	23
Afghanistan	125	90	4	31
Türkei	56	1	32	23
Irak	33	6	15	12
Georgien	20	0	12	8
Iran	51	8	14	29
Ungeklärt	12	2	5	5
Somalia	7	2	1	4
Eritrea	6	2	0	4
Russische Föderation	50	3	11	36

24. Welche Angaben für das Gesamtjahr 2022 lassen sich machen zu überprüften (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der "beanstandeten" Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Jahr 2022	1	Dokumente ohne Beastandung	hewerthare Do-	beastandete Do- kumente	Anteil der bean- standeten Doku- mente in %
Gesamt	187.106	175.532	8.496	3.078	1,6

Jahr 2022	Geprüfte Doku- mente	Dokumente oh- ne Beastandung	Nicht aschlißend bewertbare Do- kumente	beastandete Do- kumente	Anteil der bean- standeten Doku- mente in %
darunter:					
Syrien	73.526	70.046	2.020	1.460	2,0
Afghanistan	35.696	34.023	1.165	508	1,4
Türkei	14.720	14.425	231	64	0,4
Irak	19.299	18.395	558	346	1,8
Georgien	6.488	5.477	918	93	1,4
Iran	6.209	6.038	128	43	0,7
Ungeklärt	4.207	4.207	-	-	-
Somalia	814	636	135	43	5,3
Eritrea	1.863	1.690	159	14	0,8
Russische Föd.	2.229	2.169	45	15	0,7

25. Welche Mittel in welcher Höhe wurden an wie viele Asylsuchende oder abgelehnte Asylsuchende (bitte auch nach den zehn wichtigsten Zielländern differenzieren) nach dem "StarthilfePlus"-Programm im Jahr 2021 bzw. im Jahr 2022 ausgezahlt?

Aus den nachfolgenden Tabellen sind diejenigen Mittel ersichtlich, die den jeweils relevanten Personenkreisen bewilligt und auch ausgezahlt wurden.

Hinweise zur Statistikauswertung:

Die nachfolgende Kategorie "Asylsuchende" umfasst bereits anerkannte ehemalige Asylsuchende sowie Asylsuchende im laufenden Verfahren (zum Zeitpunkt der Antragstellung). Nicht dargestellt werden Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben und so genannte "Altfälle", d. h. Fälle jeweils vorangegangener Jahre, für die nachträglich Leistungen abgerechnet worden sind. Die Darstellung erfolgt nach den jeweils zehn zahlenmäßig relevantesten Zielländern je Kalenderjahr, bezogen auf die Anzahl aller Asylsuchenden. Die Zahlenwerte sind jeweils noch vorläufig, werden kontinuierlich aktualisiert und liegen erst mit der jeweils abschließenden Erstellung des Verwendungsnachweises endgültig vor.

	2021 – vorläufige Zahlen						
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt (in Euro)		
Russland	Asylsuchende	54	99.500,02	0,00	99.500,02		
	abgelehnte Asylsuchende	652	979.500,05	0,00	979.500,05		
Irak	Asylsuchende	269	550.858,38	0,00	550.858,38		
	abgelehnte Asylsuchende	361	816.782,87	0,00	816.782,87		
Aserbaidschan	Asylsuchende	27	28.500,00	22.831,56	51.331,56		
	abgelehnte Asylsuchende	318	349.499,99	261.644,30	611.144,29		
Armenien	Asylsuchende	8	11.499,99	6.973,70	18.473,69		
	abgelehnte Asylsuchende	268	323.499,93	254.095,05	577.594,98		
Iran	Asylsuchende	66	89.000,02	58.981,60	147.981,62		
	abgelehnte Asylsuchende	153	241.000,07	145.925,91	386.925,98		
Pakistan	Asylsuchende	12	30.000,03	0,00	30.000,03		
	abgelehnte Asylsuchende	197	473.999,86	0,00	473.999,86		
Türkei	Asylsuchende	58	72.999,96	49.834,66	122.834,62		
	abgelehnte Asylsuchende	121	175.467,25	111.512,07	286.979,32		

	2021 – vorläufige Zahlen						
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt		
	Ait		Darauszamung	Sacineistung	(in Euro)		
China	Asylsuchende	19	46.000,00	0,00	46.000,00		
	abgelehnte Asylsuchende	152	366.000,01	0,00	366.000,01		
Nigeria	Asylsuchende	20	52.165,70	0,00	52.165,70		
	abgelehnte Asylsuchende	147	304.570,05	0,00	304.570,05		
Afghanistan	Asylsuchende	25	61.520,85	999,94	62.520,79		
	abgelehnte Asylsuchende	120	259.502,62	11.994,20	271.496,82		
Gesamt Top10	Asylsuchende	558	1.042.044,95	139.621,46	1.181.666,41		
	abgelehnte Asylsuchende	2.489	4.289.822,70	785.171,53	5.074.994,23		
	Gesamt	3.047	5.331.867,65	924.792,99	6.256.660,64		
Alle Länder	Asylsuchende	700	1.366.574,34	186.365,93	1.552.940,27		
	abgelehnte Asylsuchende	3.352	5.875.578,37	1.138.564,60	7.014.142,97		
	Gesamt	4.052	7.242.152,71	1.324.930,53	8.567.083,24		

2022 – vorläufige Zahlen						
Zielland	Art	Personen	Barauszahlung	Sachleistung	Gesamt	
Zienand	Ait	1 CISOTICII	Darauszaniung	Sacincistung	(in Euro)	
Irak	Asylsuchende	175	187.487,66	0,00	187.487,66	
	abgelehnte Asylsuchende	192	200.488,89	0,00	200.488,89	
Russland	Asylsuchende	12	10.000,00	0,00	10.000,00	
	abgelehnte Asylsuchende	183	325.500,00	0,00	325.500,00	
Armenien	Asylsuchende	24	6.000,00	26.399,31	32.399,31	
	abgelehnte Asylsuchende	159	104.999,94	148.022,99	253.022,93	
Aserbaidschan	Asylsuchende	31	6.000,00	30.683,92	36.683,92	
	abgelehnte Asylsuchende	101	68.500,00	95.053,34	163.553,34	
Türkei	Asylsuchende	35	3.000,00	33.915,90	36.915,90	
	abgelehnte Asylsuchende	70	16.000,00	70.314,73	86.314,73	
Iran	Asylsuchende	36	6.000,00	38.000,01	44.000,01	
	abgelehnte Asylsuchende	57	40.500,02	55.000,00	95.500,02	
Tadschikistan	Asylsuchende	26	0,00	23.757,43	23.757,43	
	abgelehnte Asylsuchende	44	3.000,00	43.889,31	46.889,31	
Nigeria	Asylsuchende	3	6.090,90	0,00	6.090,90	
	abgelehnte Asylsuchende	59	105.593,36	0,00	105.593,36	
Pakistan	Asylsuchende	9	20.000,10	0,00	20.000,10	
	abgelehnte Asylsuchende	41	83.500,03	0,00	83.500,03	
Libanon	Asylsuchende	20	3.007,07	22.844,61	25.851,68	
	abgelehnte Asylsuchende	27	1.507,43	23.957,76	25.465,19	
Gesamt Top10	Asylsuchende	371	247.585,73	175.601,18	423.186,91	
	abgelehnte Asylsuchende	933	949.589,67	436.238,13	1.385.827,80	
	Gesamt	1.304	1.197.175,40	611.839,31	1.809.014,71	
Alle Staatsangehörigkeiten	Asylsuchende	423	343.416,48	175.601,18	519.017,66	
	abgelehnte Asylsuchende	1.257	1.344.880,09	524.737,84	1.869.617,93	
	Gesamt	1.680	1.688.296,57	700.339,02	2.388.635,59	

(Quelle: Internationale Organisation für Migration [IOM])